Nr. 193 — **Halle a. S., Dienstag den 20. August 1912** — **23. Jahrg.**

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.65 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 888. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Anzeigen unterm Textteile die Zeile 75 Pfennig.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Schwarz gegen rot.

Auf dem in Aachen in der vergangenen Woche abgehaltenen ultramontanen Parteitag spielte die Scharfmacherei gegen die moderne Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle.

„Mit dem 12. Januar 1912 ging eine neuer politischer Tag über Deutschland auf. Aber dieser Tag verspricht kein friedlicher zu werden, denn im grellen Rot kündigte er sich an. Und wo das grelle Frührot auf den Höhen steht, da schließt man Schotten und Luken, denn da gibt's Sturm!" — So begann in Aachen eine Rede, die man mit großer Ueberlegung an das Ende des Katholikentages gesetzt hatte. Wie dem Klerikalismus im allgemeinen, so sitzt auch dem Zentrum die Angst im Nacken. In Deutschland ist es die Sozialdemokratie, die Furcht und Schrecken im klerikalen Lager verbreitet und die hier das Tun und Lassen der führenden Geister bestimmt. Der katholische Volksverein, der in Aachen während des Katholikentages seine Generalversammlung abhielt, verrichtet seine Arbeiten fast ausschließlich zu dem Zweck, den Abfall der gläubigen Massen an die Sozialdemokratie, wenn nicht zu verhindern, dann doch wenigstens zu verlangsamen. Und die vom Zentrum ins Leben gerufene Organisation zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung hat den einzigen Zweck, die Jugend des arbeitenden Volkes nicht zum Denken, nicht zur Selbständigkeit, nicht zum Klassenbewußtsein, nicht zum Anschluß an die Sozialdemokratie kommen zu lassen. Und in wie vielen der Reden und Anträge offenbarte sich sonst noch das Bemühen, das gläubige Gefolge, den jungen Arbeiter, das heranwachsende Geschlecht von der Berührung mit denkenden Klassengenossen abzusperren, weil man sich bewußt ist, daß auch vor den einfachsten Gedankengängen des aufgeklärten Arbeiters alle Bibel- und Kirchenweisheit, alle Höllenfurcht und alle Himmelshoffnung wie Spreu im Winde vergeht. Das weiß man, und deshalb appelliert man an die Furcht der Großen und Reichen vor der erwachenden Masse.

In Aachen betraute man mit dieser Aufgabe ein Mitglied jenes Ordens, der mit Recht wegen der Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel einen üblen Ruf genießt. Und nicht ohne Absicht setzte man die Rede dieses Mannes, des Jesuitenpaters Cohausz, an den Schluß des Katholikentages. Unter dem Eindruck dieser Rede sollte das katholische Volk Aachen verlassen, und sie sollte denen, an die sie gerichtet war, den Regierungen, den Mächtigen und Reichen, am nachhaltigsten in den Ohren klingen. Es war eine Hetzrede schlimmster Art, eine Rede wider den Atheismus, wie der Titel sagte, eine Rede wider die aufstrebende Arbeiterklasse, wie sie richtig heißen sollte. Ehemals, als die Kirche noch die Völker regierte, war alles eitel Frieden und Glück, Gerechtigkeit und Ergebenheit waren die Schutzgeister dieser Welt:

„Aber dann kam der gelbe Neidhard und schleuderte die Lohe in das Gotteshaus und als die Notglut sprühte und Säule auf Säule krachend stürzte, da flohen die schützenden Geister, und im rauchgeschwärzten Gemäuer vernahm man den unheimlichen Flügelschlag nächtlicher Unholde. Wo Friede und Ergebung wohnten, sah man jetzt den Geist des Neides, des Ingrimms, der Rache und des Hasses die Glut des Aufruhrs schüren."

Und denkt nicht daran, ihr Regierungen und Parteien, auf dem Wege der Gesetzgebung den Forderungen der Massen gerecht zu werden: „Nie und nimmer werden sie mit Abschlagszahlungen sich zufrieden geben, nur eine völlige Gleichheit wird ihre Gelüste stillen. Wie beutegierige Wölfe den Schlitten russischer Großen auf schneebedeckter Steppe, so werden die beutegierigen Massen im Wettlauf dem Besitzenden nachjagen, nur auf einen günstigen Augenblick wartend, wo es ihnen gelingt, den Schlitten umzuwerfen und sich der Güter der Glücksritter zu bemächtigen." Und was kann helfen gegen den Umsturz? Nicht die Autorität, deren Träger vor dem Dolch und der Bombe der Meuchelmörder nicht sicher sind; nicht das Heer, das immer mehr umstürzlerisch durchsetzt wird, sondern einzig und allein die Kirche!

Nun wissen die Regierenden, was sie zu tun haben, um Thron und Altar vor dem Umsturz zu retten und die Geldschränke vor den Gelüsten gieriger Proletarierwölfe zu sichern. Das Rezept ist sehr einfach. Vielleicht aber erinnern sich unsere Staatsweisen, was aus den Ländern geworden ist, deren Regierungen allzu willig den so selbstlos klingenden Ratschlägen des Klerikalismus gefolgt sind.

Wie tief das Zentrum gesunken ist, was man selbst von den einst als Vertreter des demokratischen Elements in der schwarzen „Volkspartei" angesprochenen christlichen Gewerkschaftsführern zu erwarten hat, das beweis eine tolle Hetzrede des durch Scharfmachergnaden wieder in den Reichstag geschlüpften Herrn Giesberts, des Strategen des Massenstreikbruchs im Ruhrrevier, des Papstes der sogen. christlichen Gewerkschaften. Dieser ehemalige Arbeiter sprach von einer Arbeitsmonopolisierung durch die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Ganz frech behauptete er, es sei in vielen Werkstätten jetzt schon sozialdemokratischer Grundsatz: erst rot, dann Brot!

So hetzt ein Vertreter jener Weltanschauung, die in fanatischer Intoleranz ungezählte Scheiterhaufen errichtete, Blutbäder anrichtete und nach ihren geheimsten Wünschen alle „Ebenbilder Gottes" mit Feuer und Schwert vernichten möchte, die sich nicht bedingungslos unter die schwarze Pfaffenherrschaft beugen wollen.

Gewissenszwang ist der herrschende Zug des Ultramontanismus. Er ist der schlimmste, der erbittertste Feind jeder Freiheit. Von ihm hat die Arbeiterbewegung noch die ausschweifendsten Brutalitäten und Gehässigkeiten zu erwarten. Mit raffinierter Absicht leistet man nun den Scharfmachern durch Hetzen und Verleumden Handlangerdienste. Ausnahmegesetze sollen die moderne Arbeiterbewegung schädigen, in ihrem Vormarsch hemmen.

Der schwarze Parteitag gab für die Hatz gegen freie Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ein neues, weittönendes Signal.

Pfaffen, Junker und Kapitalisten stehen in einer Front gegen die Arbeiter. Es wird heiße Kämpfe geben!

Englischer Gewerkschaftskongreß

London, den 16. August.

Der 45. Jahreskongreß der britischen Trade Unions, der am 2. September in Neuport unweit Cardiff, zusammentritt, wird Gelegenheit haben, festzustellen, inwieweit die Lehren des Syndikalismus in der englischen Gewerkschaftsbewegung Fuß gefaßt haben. Das Parlamentarische Komitee des Trade-Union-Kongresses macht selber die Herausforderung, indem es die folgende Resolution vorschlägt: „Der Kongreß bekräftigt seine fortgesetzte Unterstützung der unabhängigen politischen Aktion der Arbeiterklasse zur Förderung des wirtschaftlichen Kampfes um einen gerechteren Anteil an dem erzeugten Reichtum, und spricht sich angesichts der fortgesetzten Zentralisation sozialer und wirtschaftlicher Fragen in den Händen der Regierung und der lokalen Behörden für vermehrte nationale und lokale Vertretung aus." Wenn der Antiparlamentarismus wirklich, wie die bürgerliche Presse so gern behauptet, einen nennenswerten Anhang in der englischen Arbeiterschaft gefunden hat, dann wird sich das bei der Abstimmung über diese Resolution ausdrücken müssen. Man kann aber getrost vorhersagen, daß sich nicht mehr als ein winziges Häuflein gegen die Resolution finden wird, falls sie nicht gänzlich ohne Widerspruch angenommen werden sollte.

Auch sonst steht eine Anzahl hochwichtiger Resolutionen auf der Tagesordnung des Kongresses. Die Kesselschmiede und Schiffsbauer erneuern den schon früher diskutierten und nun wohl schon bis zur endgültigen Entscheidung gediehenen Vorschlag, die drei großen Zentralorganisationen der englischen Arbeiterbewegung, den Trade-Union-Kongreß, den Gewerkschaftsverband und die Arbeiterpartei zu verschmelzen. In Zukunft soll nur eine Zentralorganisation mit dem Namen Arbeiterkongreß sein, und Gewerkschaften, eventuell auch Genossenschaften und sozialistische Vereinigungen umfassen. Der Arbeiterkongreß soll erstens alle die Arbeiterschaft berührende Gesetzgebung überwachen, zweitens im Parlament eine politische Arbeiterpartei organisieren und erhalten, drittens einen Fonds zur gegenseitigen Unterstützung schaffen. — Der Vorschlag hat ohne Zweifel manche Berechtigung. Die Funktionen der drei Körperschaften greifen vielfach über, und das Bestehen separater Organisationen mit besonderer jährlichen Delegiertenkonferenz bringt eine große Vergeudung von Zeit, Geld und Energie mit sich. Aber eine Verschmelzung aller drei Zentralorganisationen wird sich kaum durchführen lassen. Der Trade-Union-Kongreß und die Arbeiterpartei werden sich leicht verschmelzen lassen. Sie haben fast dieselben Funktionen, ihre Kongresse haben dieselbe Tagesordnung und dieselben Delegierten, ihre Mitgliedschaft ist dieselbe, nur daß die Arbeiterpartei auch sozialistische Organisationen in sich schließt. Dagegen hat der Gewerkschaftsverband wesentlich andere Funktionen, wie gegenseitige Unterstützung, gemeinsame Streikfonds und jetzt auch Verwaltung der Arbeiterversicherung. Auch umfaßt er jetzt noch nicht die Hälfte der Mitgliedschaft des Trade-Union-Kongresses.

Die Londoner Fuhrleute schlagen eine Resolution vor, die es zur Sicherung der vollen Vorteile erkämpfter Tarifverträge für notwendig erklärt, daß organisierte Arbeiter sich weigern sollen, mit unorganisierten zusammenzuarbeiten.

Die Gewerkschaft der Dockarbeiter (mit dem Sitze in Liverpool) fordert unter ausdrücklicher Verwerfung der syndikalistischen Lehren die Verschmelzung der Fachvereine desselben Berufs in große Industrieverbände. Dasselbe fordert eine Resolution der Maurer.

Die Typographen fordern, daß die in Tarifverträgen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vereinbarten Arbeitsbedingungen für alle Arbeitgeber des betreffenden Industriezweiges gesetzlich bindend sein sollen.

Die Londoner Schriftsetzer verlangen eine große Kampagne zur Sicherung einer Lohnerhöhung von 5 Schilling die Woche für alle Arbeiter, um das Sinken der Reallöhne wett zu machen, ferner die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden die Woche und die Beschränkung von Ueberstunden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Die Gasarbeiter verlangen die sofortige Einbringung einer Gesetzesvorlage zur Einführung des Achtstundentags. Die Kleidermacher fordern einen allgemeinen Minimallohn von 30 Schilling die Woche.

Bemerkenswert sind noch die Vorschläge der landwirtschaftlichen Arbeiter. Sie verlangen, daß das Minimallohngesetz für „Schwitzindustrien" vom Jahre 1910 auf alle niedrig entlohnten Arbeiter erweitert werde. Sie fordern ferner eine Vorlage zur Herabsetzung der Arbeitsstunden für landwirtschaftliche Arbeiter und die Einführung eines wöchentlichen Halbfeiertags. Schließlich schlagen sie vor, die Bebauung alles landwirtschaftlichen Bodens zu einer gesetzlichen Zwangspflicht zu machen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 19. August 1912.

Unter Polizeiaufsicht.

Die Verwaltung der Kaiserlichen Werft diktiert in der Arbeitsordnung, daß „sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen", als vogelfrei aufs Pflaster geworfen werden. Das ist schon ein Skandal; die sozialdemokratische Bevölkerung des Reiches muß zu den Lasten der Marine genau so beitragen, wie der übrige Teil der Bevölkerung, und die Verordnung widerstrebt dem Geiste der Verfassung. Aber die Verwaltung geht noch weiter. Sie bringt die Arbeiter auf eine Stufe mit Verbrechern, stellt sie unter Polizeiaufsicht.

Die Werftverwaltung beschäftigt die Arbeiter zunächst probeweise. In der vierwöchentlichen Probezeit zieht die Verwaltung durch die Polizei Erkundigungen über die Arbeiter ein. Wenn die Recherchen eines Schutzmannes oder eines andern behördlichen Organes ungünstig für den Eingestellten lauten, dann wird der Mann, ohne gehört zu werden und ohne Gelegenheit zu haben, auf die Beschuldigungen des Recherchears zu antworten, einfach hinausgeworfen. Die nachstehend abgedruckten Aktenstücke kennzeichnen das Gebaren einer — Staatsbehörde.

Die Werftverwaltung richtete an den Gemeindevorstand Achtelbur, Kreis Aurich, die übliche Aufforderung, polizeiliche Auskunft über einen bei der Werft eingestellten Arbeiter zu geben. Der Gemeindevorstand antwortete:

„v. p. S. . . . ist noch unbestraft, aber ein frecher, widerlicher Mensch. Vor seiner Militärzeit hat er hier sozialdemokratische Flugblätter verbreitet. Um den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern zu stören, ist er wohl zu dumm, sonst würde er es jedenfalls tun.
gez.: Holstein, Gemeindevorstand."

Die Werftverwaltung übersandte den Uriasbrief dem Oberwerftdirektor Kontreadmiral v. Eckermann mit folgenden Bemerkungen:

„Nach anliegender polizeilicher Mitteilung hat S. . . . für die sozialdemokratische Partei agitiert. Es wird daher vorgeschlagen, ihn gemäß § 1 Ziffer e) der Arbeitsordnung unter Innehaltung der 14tägigen Kündigungsfrist zu entlassen, zumal auch die sonstige Auskunft über ihn ungünstig ist."
gez. Zöllner."

Der Oberwerftdirektor konnte sich nicht ohne weiteres dazu verstehen, den von dem Gemeindevorsteher in Achtelbur so gehässig charakterisierten Arbeiter auf die Straße zu setzen. Er richtet an das Arbeitsamt der Werftverwaltung zunächst die weitere Frage:

„Wie sind seine Vorgesetzten mit S. . . . zufrieden? Das Verteilen von Flugblättern liegt lange Zeit zurück. An sich kann man das wohl nicht unter allen Umständen als Agitation auffassen.
gez. Eckermann."

Darauf gab die Bauabteilung Helgoland, bei der S. . . . in Arbeit stand, die nachstehende Auskunft:

„S. . . . ist ein tüchtiger und ruhiger Arbeiter, der sich bisher vor seinen Mitarbeitern nur auszeichnete. Die Bauabteilung Helgoland hat daher keinen Grund, ihn zu entlassen.
gez. Eckert."

Gestützt auf dieses Zeugnis der unmittelbaren Vorgesetzten des verdächtigen Arbeiters entschied dann der Oberwerftdirektor, daß S. . . . nicht entlassen werde. Der Reichstag wird dafür zu sorgen haben, daß der Werftverwaltung derartige Recherchen über ihr Arbeiter untersagt werden; den betroffenen Arbeitern ist dringend zu raten, gegen gewissenlose Polizeibehörden, die ihnen mit Zeugnissen, wie das vorstehende, die Existenz vernichten, im Klagewege vorzugehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120820-14/fragment/page=0001

Eine neue Stadtverwaltung.

Bei der letzten Stadtverordnetenwahl in der westfälischen Kreisstadt Minden wurden zum erstenmal sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt. Sie konnten aber ihr Amt nicht antreten, weil man nun mit einem Male „entdeckte", daß die Ausschreibung der Wahl, nach dem bisher üblichen Modus, nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprochen habe. Bei der nun „richtig" ausgeschriebenen Wahl siegten die gemeinsamen bürgerlichen Gegner durch Stimmenerpressung mit winziger Mehrheit.

Daß die Herren im Mindener Rathause Ursache haben, die Anwesenheit einiger sozialdemokratischer Hechte in ihrem Karpfenteiche zu scheuen, das läßt sich nach den Mitteilungen begreifen, die in der jüngsten Sitzung notgedrungen gemacht werden mußten. Der sozialdemokratische Wahlverein Minden-Lübbecke hatte eine kitzliche Anfrage gestellt. Mehrere Stadtverordnete hatten bei dem letzten Schützenfeste anläßlich des sog. Königsessens Sektgutscheine verteilt. Unsere Genossen wollten wissen, wer die Geschichte bezahle.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt v. Borries bestritt zunächst dem sozialdemokratischen Verein die „Legitimation" zu der Anfrage. Er mußte aber im übrigen zugeben, daß mit den im Etat als „Ausgaben für das Freischießen" eingesetzten Mitteln seit Jahren unerhörter Mißbrauch getrieben worden sei. Zu dem Schützen-Festessen ladet die Stadt stets etwa hundert Ehrengäste ein. Die Mitglieder der städtischen Kollegien zahlen zwar je 10 Mk. für die Teilnahme, aber auf jedem Platz eines städtischen Vertreters liegen Blanko-Freibons für Wein und Sekt, die von der Stadtkasse eingelöst werden. Wie nun festgestellt worden ist, hat eine Anzahl Stadtverordneter — wohl der vierte Teil — das „übliche Maß" ganz bedeutend überschritten, auf die einzelnen Bons waren 14, 17, 20, 30, ja 35 Flaschen Sekt verschrieben worden. „Man" hat nun „angenommen", daß die Schuldigen „in gutem Glauben an einen tatsächlich nicht bestehenden allgemeinen (!) Brauch" gehandelt. Wie Herr v. Borries weiter mitteilte, ist den Herren kein Zweifel darüber gelassen worden, daß ihr Vorgehen als ein grober Unfug zu bezeichnen sei, auch mußten, weil die Sache publik geworden, einige Herren einen entsprechenden Betrag an die Stadtkasse zurückzahlen. — Damit ist die Sache erledigt. Die Herren, denen die zu ihrem Amte unentbehrlichen Qualitäten fehlen, bleiben im Stadtverordnetenkollegium, und die Arbeitervertreter bleiben draußen — wenigstens bis zur nächsten Wahl.

Alldeutsche Hetzereien.

Die Deutsche Zeitung befiehlt Holland und Belgien Neutralität für den Fall eines deutsch-französisch-englischen Krieges Sie stellt dabei folgendes Ultimatum:

„Man darf aber wohl heute schon behaupten, daß ein deutschfeindliches Belgien und Holland ihren Bestand nur im Falle eines englisch-französischen Sieges behaupten könnten. Siegt nämlich Deutschland — und der Fall liegt denn doch durchaus im Bereiche der Möglichkeit — so würde ein solcher Sieg den Habitus des deutschen Staates und des deutschen Volkes sicherlich in einem Grade verändern, daß vieles, was uns heute noch schwer, unmöglich, frevelig erscheint, plötzlich ein anderes Gesicht bekäme und als durchaus ausführbar, ja, geboten gelten würde. Dann würde die Erbitterung über die unerträgliche Haltung beider auf uns angewiesener Länder voraussichtlich einen solchen Grad erreichen, daß alle erwähnten Bedenken gegen eine Annexion verblassen würden vor der einen Forderung, einen hochgefährlichen Herd und Stützpunkt deutschfeindlicher Bestrebungen in Europa von Grund aus zu zerstören. Holland und Belgien würden dann aller Wahrscheinlichkeit nach als selbständige Gebilde von der Landkarte verschwinden.

Die alldeutschen Narren haben zu wenig Bedeutung, als daß man ihr Geschwätz im Inlande besonders ernst zu nehmen hätte, aber die unseren Portemonnaie-Interessenten verwandten Hetzer im Auslande werden solchen Unfug natürlich ausschlachten. So arbeiten die Prozentpatrioten hüben und drüben mit vertauschten Rollen auf die volksfeindlichen Ziele hin.

Ein Messias.

Ueber drei Möglichkeiten, die Sozialdemokratie zu vernichten, orakelt jemand — anscheinend ein Gefaßter — in der Kreuzzeitung. Seine Grundsätze formuliert er also: 1. Erhalten und Ausbauen der festen Grundlagen und Stützen des Staates, 2. Abwehrung der Angriffe, 3. Uebergang zum Angriff selbst. — Was er über die ersten beiden Möglichkeiten sagt, sind ganz olle Kamellen. Den Angriff denkt sich der konservative Stratege wie folgt:

„Es dürfte nicht gestattet werden, daß die Krankenkassen zu sozialdemokratischer Agitation mißbraucht werden. Die Vorschrift des § 354 Abs. 6, Satz 1 der Reichsversicherungsordnung müßte energisch angewendet werden. Die Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches über Aufreizung zum Klassenhaß, Majestätsbeleidigung, Landesverrat usw. dürften nicht in der Versenkung ruhen. Die Jugendvereine der Sozialdemokratie müßten aufgelöst, der Schutz der Arbeitswilligen durchgeführt und schließlich Mittel und Wege gefunden werden, um die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Führer für die wirtschaftlichen Schädigungen der Unternehmer bei unberechtigten Streiks und dergleichen auch finanziell — gegebenenfalls auch strafrechtlich — haftbar zu machen."

Wir wünschen dem neuen Prediger wider die rote Flut viel Glück und die ganze Gefolgschaft der Gescheitelten und Geschorenen.

„Kognak"-Phantasien.

Der jüngst erschienene Rechenschaftsbericht unseres Parteivorstandes hat es dem journalistischen Wortführer der Agrarier, Dr. Oertel, dem Mann mit dem Kognakgesichen in der Deutschen Tageszeitung, sehr angetan. Er findet die Zahlen für außerordentlich bedrohlich und meint, es mache einen recht eigentümlichen und bösen Eindruck, wenn man sich erinnere, daß noch vor fünf Jahren, nach den letzten Reichstagswahlen, sehr viele Leute der Welt verkündeten, die Sozialdemokratie habe ihren Höhepunkt überschritten. Diese Sätze bedeuten, gewollt oder ungewollt, eine kräftige Ohrfeige für den, den Agrariern gesinnungsverwandten Liebertschen Reichsverband, der vor fünf Jahren mit vollen Backen in die Welt hinausposaunte, die Sozialdemokratie sei überwunden. Doch das nur nebenbei. Dr. Oertel sieht die Revolution bereits in greifbare Nähe gerückt; er verlangt, daß die geltenden Gesetze scharf und konsequent angewendet werden sollen. Vor allem müßten die verantwortlichen und berufenen Stellen dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie, die auf Gleichberechtigung keinen Anspruch habe, immer als die verfassungswidrige Partei gebrandmarkt werde. Es dürfe nicht wieder vorkommen, daß ein Staatssekretär das Eintreten der Beamten für die Sozialdemokratie als erklärlich bezeichnen könne. Aufgabe des Staates sei es, zum Angriff überzugehen. Es sei ein Gebot der Selbsterhaltung, sich mit allen gesetzlichen Mitteln seiner Haut gegen diejenigen zu wehren, die die verfassungsmäßigen Grundlagen vernichten wollten. — Eine Gefahr von ungeheurer Größe erblickt der „Kognakmann" in den Gewerkschaften mit ihrem Vermögen von weit über 60 Millionen Mark. Jede Förderung der Gewerkschaftsbewegung ist für ihn eine unmittelbare Hilfekeistung für die bevorstehende soziale Revolution. Es sei ganz unbegreiflich, wenn die Führer der christlichen Gewerkschaften sich gegen die Einführung eines schärferen gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen sträubten. Als sicherstes Mittel zur Abwehr der Revolution empfiehlt Dr. Oertel Stärkung der staatserhaltenden Mächte. Diese Mächte sind seiner Auffassung nach der Mittelstand und besonders das Bauerntum. Unter Bauerntum sind nach junkerlichen Begriffen die Agrarier zu verstehen. Der Ratschlag der Deutschen Tageszeitung geht einfach dahin, den Agrariern weitere Liebesgaben zu gewähren, als sichersten Schutz gegen staatszerstörende Tendenzen. Aber mit Liebesgaben allein ist's nicht getan. Die auf dem Aachener Katholikentage gehaltenen Reden haben ihren Einfluß auf das an sich schon fromme Gemüt des Herrn Dr. Oertel offenbar nicht verfehlt, denn er schließt seinen Artikel mit diesem salbungsvollen Hinweis:

„Stürzt die Autorität Gottes, dann haben die Autoritäten der Erde keinen Halt mehr. Wer diese unterstützen will, der muß unserem Volke, nicht nur unten, sondern auch oben, immer wieder mit markiger Stimme zurufen: Zurück zu Gott!"

So ist's richtig; der Herrgott muß wieder Nachtwächter spielen! Das widerliche Treiben muß schließlich jeden Arbeiter zur Besinnung und zur Sozialdemokratie bringen.

Deutsches Reich.

— **Staatsretterische wichtige Tätigkeit.** Dem Arbeiterturnverein Freiheit in Rathenow ist von der Polizeibehörde aufgegeben worden, bei Vermeidung von 30 Mk. Strafe innerhalb acht Tagen Statut und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Die Polizei begründet ihr Vorgehen mit der Zugehörigkeit des Vereins zum Arbeiterturnerbund. So ist's recht. Die Polizei muß stets auf der Wacht sein — damit sie keine Dummheit versäumt.

— **Das beleidigte Militär.** Gen. Karl Sindermann, der Vorsitzende des sächsischen Landesvorstandes, wurde am Sonnabend vom Landgericht zu Dresden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll das Heer und Offizierkorps in einer Versammlungsrede beleidigt haben. Strafantrag haben der sächsische und der preußische Kriegsminister gestellt.

— **Jesuitereien.** Verschiedene Blätter behaupten, der Bundesrat habe vom Reichsjustizamt ein Gutachten in der Jesuitenfrage eingefordert. Dies wird nun offiziös bestritten. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts sei zwar Vorsitzender des Justizausschusses des Bundesrats, dem der bayerische Antrag auf Interpretation des § 3 des Jesuitengesetzes vorliege, aber aus staatsrechtlichen Gründen könnten der Staatssekretär oder das Reichsjustizamt dem Bundesrat kein Gutachten erstatten.

Der Bundesrat werde sich lediglich mit dem Beschluß seines Justizausschusses zu befassen haben.

Ein Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes ist dem Bundesrat noch nicht zugegangen; die bayerische Zentrumspresse meldet, daß die bayerische Regierung einen solchen Antrag nicht stellen werde, wie vermutet wird, weil die sächsische Regierung es abgelehnt haben soll, einen solchen Antrag zu unterstützen. Wie man dem Berliner Tageblatt aus München berichtet, wollen nun die bayerischen Bischöfe die Aufhebung des Jesuitengesetzes beim Bundesrat beantragen. Der Bundesrat dürfte den Antrag ablehnen. Für das Zentrum wäre dann die Zeit gekommen, einen solchen Antrag dem Reichstage vorzulegen. Mit der Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes ist dem Zentrum aus agitatorischen Gründen weit mehr gedient, als wie mit seiner Aufhebung. Wie man die Massen mit der Jesuitenfrage fanatisieren kann, das hat sich auf dem Aachener Katholikentage wieder klar erwiesen, und diesen Fanatismus braucht das Zentrum zur Besorgung seiner politischen Geschäfte und zum Zusammenhalt seiner auseinanderstrebenden Wählermassen. Die Regierung könnte dem Zentrum nicht besser den Wind aus den Segeln nehmen, als wenn sie der Aufhebung des Jesuitengesetzes zustimmen würde; aber sie kennt ihre Freunde und wird's nicht tun.

— **Nationalliberale Schadenfreude.** Zu der Gründung des fortschrittlichen Arbeiter-Reichsverbandes bemerkt die Süddeutsche Nationallib. Korrespondenz:

„Die mit so großem Tamtam angekündigte „Reichskonferenz liberaler Arbeiter" hat ein ziemlich bescheidenes Ergebnis gehabt. Wenn man Massenaktionen mit ganzen 102 Mann veranstaltet, die sich bei der Abstimmung sogar auf 80 verringern, dann ist wirklich kein Grund zu großer Hoffnungsfreudigkeit. Erfreulich an der Gründung ist aber das eine, daß sich bei diesem Anlaß wieder einmal gezeigt hat, wie viel denn doch noch an Trennendem vorhanden ist zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern, wie wenig sich aber auch der Fortschritt Mühe gibt, das etwa zu verbergen. Wo es sich um seinen eigenen Vorteil handelt, da sorgt er dafür, daß er, ungestört vom liberalen Bruder, hübsch unter sich ist und für sich allein rafft. Da ist die liberale Gemeinschaftsidee zu Ende. In Nord- und Mitteldeutschland weiß man das schon länger; hoffentlich lernen nun aber auch die süddeutschen Nationalliberalen etwas daraus. Dann kann der fortschrittliche Arbeiterfang ausgehen, wie immer, er hat doch ein Gutes gehabt."

Man merkt, die nationale Firma zieht nicht bei den Nationalen, wenn sich die Konkurrenz ihrer bedient.

— **Der König grollt.** Die sächsischen Saalinhaber sind bei dem sächsischen König in Ungnade gefallen! Die Ursache geht aus einer drolligen Berichtigung hervor, die das Amtsblatt der sächsischen Regierung, das Dresdner Journal, in folgender Form mitteilt:

„In dem Bericht über die neunte Verbandstagung des Landesverbandes der Saalinhaber im Königreich Sachsen, der auch in der gestrigen Nummer des Dresdner Journals

Kleines Feuilleton.

Die Elektrifizierung der badischen Staatsbahnen.

Die seit langem geplante Elektrifizierung wird sehr bald an einigen Nebenbahnen beginnen. Zuerst wird die Wiesentalbahn in Angriff genommen, die von Basel über Lörrach nach Schopfheim und Säckingen führt. Die elektrische Energie liefert das große Wasserwerk bei Augst-Wyhlen, das die Stadt Basel gemeinsam mit den Rheinfelder Kraftwerken errichtet und in den nächsten Monaten seiner Vollendung entgegengeht. Das Leitungsnetz für die Wiesentalbahn ist bereits fertiggestellt, so daß man sogar beabsichtigt, die Wiesentalbahn noch dieses Jahr in Betrieb zu setzen. Mit der Fertigstellung des Kraftwerkes, das bei normalem Stande rund 30 000 Pferdestärken abgibt, wird gleichzeitig eine gute und billige Wasserstraße von Basel bis Rheinfelden geschaffen, um die oberrheinische Industrie auf dem deutschen und internationalen Markt konkurrenzfähig zu erhalten. In diesem Sommer soll womöglich schon der regelmäßige Schiffsverkehr mit Tausendtonnenkähnen aufgenommen werden. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn bis dahin die Schleuse bei Augst-Wyhlen fertiggestellt sein wird. Diese Schleuse wird 90 Meter lang und 12 Meter breit sein. Zwar ist das Kraftwerk bei Laufenberg auch noch nicht fertig, doch wird es innerhalb weniger Monate vollendet sein. Es ist für 50 000 Pferdekräfte ausgebaut. Das Leitungsnetz von Laufenberg nach dem 100 Kilometer entfernten Villingen ist fertig. Als zweite elektrisch auszubauende Strecke kommt die Murgtalbahn in Betracht, die von Rastatt über Gernsbach nach Forbach und später nach Schönmünzach bei Freudenstadt in Württemberg führt. Für diese Bahn wird ein anderes Kraftwerk die elektrische Energie spenden, ein Werk, das Baden an der badisch-württembergischen Grenze in der Nähe von Raumünzach erbauen wird. Dieses Werk soll nicht weniger als 15 Millionen Mark kosten.

Die Polizeifalle.

In der russischen Zeitschrift Sowremenny Mir erzählt John Kennan, der noch vor der Einführung einer Verfassung in Rußland die Verbreitung des Sozialismus studierte und in persönliche Berührung mit den hervorragendsten Revolutionären kam, einige Anekdoten, die auf die Tätigkeit der russischen Polizei auch vor der Erfindung der Asewschen Methode ein eigentümliches Licht werfen. In Petersburg wurde einst ein Doktor Kadjan verhaftet, und da die Polizei ihn für einen großen Revolutionär hielt, stellte sie in seiner Wohnung eine „Falle" auf, d. h. sie verhaftete jeden, der die Wohnung betreten wollte. Bei dem Verhafteten wohnte auch seine Schwester, die an einem unter dem Protektorat der Großfürstin Katherina Michailowna stehenden Mädchengymnasium als Lehrerin angestellt war. Der Zufall fügte es, daß am Tage der Verhaftung die alljährliche Schlußfeier dieser Schule stattfand, zu der auch die Protektorin erschien. Aber Fräulein Kadjan kam nicht, weil sie als erstes Opfer in die Falle gegangen war, als sie kurz vor Beginn des Festes sich zu Hause umziehen wollte. Der Schuldirektor sandte eine Schülerin zu ihr, und als diese nicht zurückkehrte, eine zweite. Schließlich ging die Schulvorsteherin selber hin, da sie sich das Ausbleiben von drei Personen nicht erklären konnte, aber auch sie wurde, wie die Schülerinnen, verhaftet. Dasselbe Schicksal ereilte den Schuldirektor, der die Festlichkeit absagen mußte und voller Entrüstung seinen verlorenen Schäfchen nachlief. Erst auf der Polizeiwache konnte er sich legitimieren, worauf sich der ganze Irrtum aufklärte. Eine andere Falle, von der Kennan erzählt, hatte einen noch komischeren Erfolg. Als General Surow Polizeimeister von Petersburg war, wurde die Hauptstadt mit einer Flut aufrührerischer Flugschriften überschwemmt, ohne daß es gelang, die Geheimdruckerei zu finden, aus der die verbotene Literatur stammte. Surow kam schließlich auf den Gedanken, eine eigene Geheimdruckerei zu errichten, deren Werke er durch verkleidete Spitzel seiner Gendarmerie in den Fabriken verteilen ließ, um die Stimmung der Arbeiterkundschaft auszukundschaften. Der Chef der Stadtpolizei, General Drenteln, der mit Surow verfeindet war, erfuhr von diesem Unternehmen nichts. So kam es, daß seine Leute eines Tages die Geheimdruckerei Surows aufhoben und deren Setzer und Drucker verhafteten. Triumphierend meldete Drenteln dem Ministerium, ihm sei es gelungen, die Ausführer ausfindig zu machen, die von der Gendarmerie, die eigentlich allein für solche politische Unternehmungen zuständig war, vergeblich gesucht worden seien.

Wozu Seetang gut ist.

Die Meerespflanzen zeichnen sich dadurch aus, daß sie gewisse Salze des Meerwassers in besonders großen Mengen in sich aufnehmen, darunter die Verbindungen des Jods. Da dies Element für den Menschen einen nicht unerheblichen Wert hat, namentlich in der Medizin gebraucht wird, so wird der Seetang als die häufigste Meerespflanze an einigen Küsten gesammelt, hauptsächlich auf den schottischen Inseln und der Normandie. Den häufigsten Gebrauch von derartigen Gewächsen machen jedoch die Japaner, bei denen sie sogar eine freilich recht ärmliche Nahrung bilden. Der Aufschwung der Bakteriologie hat einen neuen Bedarf an Seetang geschaffen, da sich daraus ein Stoff bereiten läßt, der vielen Bakterien als trefflicher Nährboden dient. Dieser Stoff führt die Bezeichnung Agar-Agar, für dessen Herstellung die Japaner nicht weniger als sechs verschiedene Arten von Seetang benutzen. Die Pflanzen müssen zunächst zerstoßen und von allem Sand gereinigt werden. Dann werden sie solange getrocknet, bis die Masse ganz weiß wird. Dazu werden ausschließlich die Monate September und Oktober gewählt. Durch dies Trocknen und Bleichen verliert der Seetang etwa die Hälfte seines ursprünglichen Gewichts. Jede dieser sechs Tangarten wird gesondert dieser Behandlung unterworfen, und dann werden alle in einem bestimmten Verhältnis gemengt und gemeinsam vierzehn Stunden lang gekocht. Die breiige Masse wird dann durch ein Sieb gepreßt und nach dem Erstarren in einzelne Streifen geschnitten. Diese kommen wieder noch in eine lange verschlossene Holzschachtel, die an einem Ende offen, auf dem andern mit einem Drahtnetz verschlossen ist. Durch dies wird der Tang nochmals hindurchgepreßt und die so entstehenden feineren Streifen zwei bis drei Wochen lang im Januar und Februar während des Tages der Sonne und während der Nacht dem Frost ausgesetzt. Um Mitternacht muß immer jemand zur Hand sein, der die Masse mit Wasser anfeuchtet. Die Herstellung ist demnach ziemlich umständlich, dafür liefert Japan aber auch den Agar-Agar fast für die ganze Welt.

Der stramme Regenschirm

Mit Genehmigung des Kaisers sind, wie der Korrespondenz Heer und Politik geschrieben wird, die Bestimmungen über das Verhalten der Kriegervereine bei Anwesenheit des Kaisers abgeändert worden. Die neuen Vorschriften lauten unter Weglassung weniger interessierender Einzelheiten folgendermaßen: Beim Herannahen des Kaisers bei Spalierbildungen werden die Kommandos gegeben „Stillgestanden", „Hut ab", „Augen rechts" oder „Augen links". Sobald der Kaiser vorbei ist: „Augen gerade aus", „Hut auf", „Rührt euch". Beim Herannahen des Kaisers auf etwa 100 Schritt bei Paraden wird auf ein Kommando oder Zeichen ein dreimaliges „Hurra" ausgebracht unter Abnehmen der Kopfbedeckung (Hut oder Mütze), sie wird mit der rechten Hand nach unten gestreckt gehalten. (Der Fahnenträger nimmt die Kopfbedeckung nicht ab.) Gleichzeitig werden die Fahnen gesenkt, dann sogleich zurückgezogen, wieder in die Höhe und an die rechte Schulter gebracht. Beim Vorbeimarsch sieht alles rechts, mit Ausnahme des Fahnenträgers und des äußersten rechten Flügels, die scharf geradeaus zu sehen haben. Die Fahne wird aufgenommen, die Stange steht senkrecht an der rechten Schulter. Der Vorsitzende nimmt, etwa zehn Schritte vorher für seine Person die Kopfbedeckung ab. Die ihm folgenden Mitglieder — mit Ausschluß des Fahnenträgers — haben wie ersten Point auf Kommando des Zug- oder Gruppenführers die Kopfbedeckung abzunehmen, nun rechts zu sehen und die Arme festzuhalten. Schirme werden hierbei senkrecht nach unten in der linken Hand getragen. Beim zweiten Point sind die Hüte wieder aufzusetzen. Ein Herausmarschieren der Vorsitzenden findet nicht statt. Allerhöchstem Wunsche gemäß haben die Mitglieder der Kriegervereine jede Art von Kopfbedeckungen als Ehrenbezeugung abzunehmen. Kameraden, welche nicht in Zivil, sondern in einer dienstlichen Uniform erscheinen, grüßen nach der für sie etwa vorgeschriebenen Weise. Das Mitführen von Gewehren ist nur den vorschriftsmäßig uniformierten Vereinen bezw. vorschriftsmäßig uniformierten Abteilungen der Vereine gestattet. Je strammer die Haltung und je größer die Ruhe, desto mehr erreichen die Kriegervereine ihre Absicht, als wohlausgebildete ehemalige Soldaten vor dem Kaiser zu erscheinen.

Die Augsburger Abendzeitung, der wir diese ungemein klaren Vorschriften über Veteranenhut und Veteranenschirm entnehmen, meint dazu: „Vorstehende Meldung ist nicht etwa aus dem Simplizissimus, sondern, wie oben angegeben, aus Heer und Politik, Korrespondenz für Heer, Marine und Politik! Sie wird also leider ernst zu nehmen sein."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191208 20-14/fragment/page=0002

Aufnahme gefunden hat, ist mitgeteilt worden, daß an den König ein Ergebenheitstelegramm gesandt worden sei. Diese Mitteilung ist insofern nicht richtig, als der König unter dem Eindruck eines Artikels, der kürzlich im Organ des Landesverbandes der Saalinhaber unter der Ueberschrift Beamtenterrorismus erschienen ist, die Depesche absichtlich unbeantwortet gelassen hat."

Hoffentlich finden die Saalinhaber das richtige Mittel, um den Grollenden wieder zu besänftigen.

— **Mandatsniederlegung.** Der Landtagsabgeordnete Wodarz (Zentrum), der als Kompromißkandidat von den Polen und dem Zentrum aufgestellt war, und der mit dem Abgeordneten Kaptya (Pole) den zweiten Oppelner Wahlkreis im preußischen Abgeordnetenhause vertrat, hat infolge Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien sein Mandat niedergelegt.

Kriegsgefahr und Massenstreik.

Die britische Sektion des Internationalen Sozialistischen Kongresses hat ein von Keir Hardie als Vorsitzenden und Artur Henderson als Sekretär gezeichnetes Rundschreiben an alle der Sektion angeschlossenen Organisationen gerichtet, worin um eine Antwort auf die folgenden Fragen gebeten wird: 1. Sind Sie dafür, daß die Arbeiterbewegungen aller Länder zum Abschluß einer Vereinbarung ersucht werden, wonach im Falle der Kriegsgefahr die Arbeiter der betreffenden Länder den Krieg durch gemeinsame und gleichzeitige Arbeitsniederlegung zu verhindern suchen? 2. Haben Sie irgendwelche Anregungen oder Bemerkungen zu dem Vorschlag zu machen oder über die Bedingungen, die zu seiner wirksamen Durführung notwendig sind?

Das Rundschreiben soll den Beschluß des Kopenhagener internationalen Kongresses, den sich die letzte Jahreskonferenz der Arbeiterpartei nach lebhafter Debatte zu eigen gemacht hat, ausführen. Die Antworten müssen bis zum 30. September 1912 beim Britischen Komitee einlaufen, das je nachdem sie ausfallen, Bericht an das Internationale Buerau erstatten wird, das seinerseits wieder dem Wiener internationalen Kongreß berichten wird. Das Rundschreiben entwickelt eine Reihe von Argumenten zugunsten des Massenstreiks, erklärt aber, die Antworten der Organisationen nicht beeinflussen zu wollen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß schon die Bekanntmachung des Entschlusses der Arbeiter, zum Massenstreik zu greifen, die Regierungen vom Kriege abhalten werde.

•

Neues von der seltsamen Asewgeschichte.

Paris, 18. August. Das Journal schreibt: Man erinnert sich der Bekenntnisse des russischen Revolutionärs Burzew, dessen Enthüllungen im Jahre 1909 die ganze Welt in Spannung versetzte. Burzew behauptete, der Polizeispitzel Asew, der sich an der Spitze der Kampforganisation befand, und der für die Attentate gegen den Minister Plewe, den Großfürsten Sergius und den Kontreadmiral Dubazzow und andere hochgestellte Persönlichkeiten verantwortlich sei, habe die Revolutionäre verraten, da er gestand, lange Jahre hindurch der Agent der russischen Polizei gewesen zu sein. Asew war seither verschwunden, aber Burzew hat unermüdlich seine Spur verfolgt. Am vergangenen Donnerstag haben sich beide in Frankfurt a. M. getroffen und der Verfolgte hat dem Revolutionären alles eingestanden. Er verlangt, daß man über ihn aburteile und unterzog sich ihm im voraus dem Urteilsspruch. Sollte dieser auf den Tod lauten, so wolle er sich selbst richten.

Türkei.

Die Wirren.

Konstantinopel, 18. August. Die Mächte haben an Bulgarien, Serbien und Montenegro eine Mahnung gerichtet, worin sie erklären, daß diese Staaten auf eigene Gefahr handeln, wenn sie den Frieden in irgend einer Weise stören oder bedrohen. Bei einem kriegerischen Konflikt dürften die Balkanstaaten auf keinerlei Unterstützung rechnen.

•

Nach dem Levante Herald soll sich die türkische Regierung mit der Absicht tragen, die Ausweisung der Italiener rückgängig zu machen.

Die Lage in Uesküb.

Uesküb, 18. August. Die gestrige Sitzung der Arnauten verlief resultatlos. Die Lage in Uesküb ist äußerst kritisch, da die Albanesen ernstlich daran denken, die Waffendepots zu stürmen. Viele Einheimische verlassen die Stadt, um nach Serbien zu flüchten. Ibrahim Pascha, der Führer der türkischen Verständigungskommission, wird heute erwartet.

Abends fand eine entscheidende Sitzung zwischen den Albanesenchefs und den Mitgliedern der Regierungskommission statt. Die Führer erklärten, daß sie von heute ab nicht mehr für die Haltung ihrer Leute garantieren könnten, wenn die aufgestellten Forderungen nicht sofort bewilligt würden.

Verhaftung eines Bombenfabrikanten.

Wien, 18. August. Wie aus Saloniki nach hier gemeldet wird, verhaftete die Polizei in Koprié einen Bulgaren, in dessen Hause sich eine Bombenfabrik befand. Bei der Durchsuchung des Hauses wurden eine Menge fertiger Bomben, sowie viele Materialien für die Herstellung der Bomben gefunden.

Rußland.

Petersburg, 18. August. Die Dekrete über die Verhängung des Belagerungszustandes über Kronstadt sind bereits vom 14. August datiert und sind von dem Vizeadmiral Viren und dem Festungskommandanten General Nikolsko unterzeichnet. Die Verzögerung in der Veröffentlichung wurde durch die Anwesenheit des Conde veranlaßt.

Vielfach ist man der Ansicht, daß Rußland am Vorabend einer neuen Revolution stehe. Der Ausbruch blutiger Unruhen sei täglich zu erwarten. Trotzdem seien die maßgebenden russischen Kreise optimistisch gestimmt. Sie hoffen, daß jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, sofort niedergeschlagen würde. Andere Nachrichten besagen, daß der größte Teil der russischen Kriegsmatrosen derart von umstürzlerischen Ideen verseucht sei, daß die Offiziere es nicht mehr wagen, sie anderes als mit Glacehandschuhen anzufassen.

Frankreich.

Tanger, 18. August. Meldungen, die aus dem Norden und Süden von Fez einlaufen, lassen große Gefahren für die Hauptstadt Fez erkennen. Die Truppen des Roghi von Fichtala und die Führer der aufrührerischen Beni Mtiir und Sidi Rado sind bereit, den Marsch auf Fez zu unternehmen. Der Roghi steht mit den Führern dieser Stämme in fortwährender Verbindung. Die Rehammas, die im Jahre 1907 sich zuerst für Muley Hafid erklärten und den heiligen Krieg entzündeten, sollen sich dem Prätendenten El Hiba angeschlossen haben. El Hiba hat einen Aufruf erlassen, in dem er sagt, die Franzosen haben zuerst Abdul Aziz und dann Muley Hafid vertrieben, sie werden auch Muley Yussuf vertreiben. Ich, El Hiba, bin der einzige, der den Franzosen widerstehen und sie zum Lande hinaustreiben wird. In Marakesch befindet sich kein einziger Europäer mehr. Selbst die Konsulen haben Marakesch verlassen. Oberst Mangin hat mit seiner Kolonne den Rabiafluß passiert und Duk el Arba, 20 Kilometer südlich des Flusses, erreicht. Er fand auf seinem Wege keinen besonderen Widerstand und hatte nur einige Scharmützel mit räuberischen Nomadenbanden zu bestehen. In diesen Kämpfen wurden zwei Senegalschützen verwundet. Mehrere Notabeln der Rehammas, deren Gebiet Oberst Mangin durchzog, haben sich ihm angeschlossen.

Paris, 18. August. Mit steigender Unruhe verfolgt man hier die aus Südmarokko eintreffenden Hiobsposten und betrachtet die Einnahme von Marakesch durch die 3000 Mann zählende Schar des Prätendenten El Hiba als unabwendbar. El Hiba steht bereits wenige Kilometer vor Marakesch.

•

Aus Antwerpen wird gemeldet: Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich am Sonntag im Antwerpener Hafen. Kurz vor der Abfahrt des französischen Panzerschiffes Marseillaise desertierten etwa 40 Matrosen des Kriegsschiffes und beschimpften die Offiziere von den Kaimauern unter den Augen einer nach Tausenden zählenden Volksmenge, sowie in Anwesenheit zahlreicher deutscher Matrosen von der Viktoria Luise. Mehrere der Deserteure rissen ihre Rangabzeichen mit den Zähnen von den Aermeln und schleuderten sie in die Scheide. Das Publikum nahm Stellung gegen die Deserteure ein, die vielfach bedroht wurden. Einige belgische Matrosen forderten sie heraus und hätten ihnen übel mitgespielt, wenn nicht die Hafenbehörde eingeschritten wäre. Die Marseillaise dampfte ab unter den Hochrufen der Volksmenge auf Frankreich, auf die Marseillaise und auf die französische Marine, während die Mannschaft der Marseillaise, die noch an Bord geblieben war, Hochrufe auf Belgien ausbrachte. Die Deserteure beklagen sich über schlechte Nahrung, über zu strenge Disziplin an Bord und über das Benehmen der Offiziere ihnen gegenüber. Eine Anzahl der desertierten Matrosen hat bereits an Bord fremder Kriegsschiffe Dienst genommen. Viele von ihnen durchziehen die Straßen der Stadt und die Wirtshäuser und sind zum größten Teil betrunken. Der Zwischenfall hat in allen Kreisen äußerst peinliches Aufsehen hervorgerufen. Die Bevölkerung mißbilligt in scharfen Worten die Haltung der französischen Deserteure.

Aus der Partei.

Die Parteibewegung in Pommern.

Der Bezirk Pommern setzt sich aus 14 Reichstagswahlkreisen zusammen, die in ihrer Mehrheit ländliche Kreise sind. Die Agitation ist dort recht schwierig. Unsere Genossen haben auch sehr unter den polizeilichen und anderen behördlichen Schikanen zu leiden und nicht zuletzt auch unter dem brutalen Junkerregiment der pommerschen Agrarier. Trotz alledem haben sich in den beiden Berichtsjahren 1910-11 und 1911-12 nicht nur die Ortsvereine vermehrt, die von 85 auf 96 gestiegen sind, sondern auch die Zahl der organisierten Mitglieder hat zugenommen. 1910 gab es 8605 männliche und 819 weibliche Parteimitglieder und 1912 verzeichnet der Bericht 10 049 männliche und 1712 weibliche politisch Organisierte. Die Mitgliederzunahme beträgt somit 2265. Tatsächlich ist der Mitgliederzuwachs ein weit größerer. In Pommern ist die Abwanderung vom Lande und vor allem die Fluktuation in den Städten eine ziemlich große, so daß von den gewonnenen Mitgliedern immer ein recht erheblicher Teil dem Bezirk verloren geht. Die männlichen Parteigenossen machen 12,9 Prozent der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Wählerstimmen aus.

An Aufklärungsarbeit in der Provinz Pommern hat es nicht gemangelt. Der Pommer, ein Organ für die ländliche Bevölkerung, erscheint alle zwei Monate in einer Auflage von 20 500, die während der Wahlbewegung auf 23 000 erhöht wurde; während dieser Zeit erschien das Blatt sogar monatlich. Während der Berichtszeit wurden auch mehrere lokale Bildungsausschüsse ins Leben gerufen und ein Bezirks-Bildungsausschuß gegründet. Unser Parteiorgan in Pommern, der Volksbote, hat über 4000 Abonnenten gewonnen. Im vorigen Jahre wurde auch die Druckerei in Parteieigentum übergeführt und für den Wahlkreis Stralsund-Rügen ein Kopfblatt gegründet.

Die Reichstagswahlen brachten unserer Partei gegenüber 1907 einen Stimmenzuwachs von 16 816. In der Gemeindevertretung sitzen zurzeit 69 Genossen, davon 20 in vier Städten und 49 in 18 Landgemeinden. Unserer Parteipresse wurde der behördliche Dank für die entfaltete segensreiche Tätigkeit in Gestalt von 230 Mk. Strafe und vier Monaten Gefängnis gezollt

Aus den Organisationen.

Der Parteitag für die Provinz Posen fand am 11. August in Schneidemühl statt. Aus 11 Wahlkreisen waren 23 Delegierte erschienen. Beim Geschäftsbericht kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, da hierzu der Antrag wieder eingebracht worden war, den Sitz des Bezirksvorstandes von Bromberg nach Posen zu verlegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Ueber die letzten Reichstagswahlen referierte Genosse Lepitz. Sein Referat klang dahin aus, daß in der halb russischen Provinz die Bewegung der Gegner besonders beachtet werden müsse, da durch die Unklarheit über die Ziele derselben sich die Arbeiter immer noch aus religiösen und nationalen Rücksichten verleiten lassen, dem Gegner Gefolgschaft zu leisten. — Ueber den Parteitag in Chemnitz referierte Genosse Wende. Besonders das Stichwahlabkommen wurde besprochen, dabei aber hervorgehoben, daß jedenfalls nicht wieder ein Abkommen geschlossen werde, da es nicht alle Parteigenossen befriedige. Mit dem Organisationsentwurf war der Parteitag, soweit es sich um den Parteiausschuß handelt, einverstanden, nicht aber damit, daß eine Beitragserhöhung überall durchgeführt werden soll. Abgelehnt wurde der Antrag, den Parteitag alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Der nächste Parteitag findet in Rawitsch statt.

•

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Jerichow I und II hielt in Burg seine Generalversammlung ab. Der Verein zählt zurzeit 4072 Mitglieder, davon 571 weibliche. In den drei letzten Jahren wurden rund 3000 neue Mitglieder gewonnen. Zum erstenmal wurde bei der letzten Reichstagswahl der fast rein ländliche Kreis der Partei erobert. Die Wahl kostete rund 15 000 Mk. Bisher wurde die Organisation im Nebenamt vom Arbeitersekretär Genossen Gebhardt-Burg mit verwaltet. Die Generalversammlung beschließt gegen zwei Stimmen die Anstellung eines Parteisekretärs und wählt einstimmig den Genossen Gebhardt. Zum Parteitag delegierte die Versammlung die Genossen Gebhardt und Stendel-Burg. Den von der Reorganisations-Kommission in Vorschlag gebrachten Parteiausschuß lehnt die Generalversammlung ab und verlangt eine Verstärkung des Parteivorstandes um fünf bis neun Mitglieder.

•

Eine Generalversammlung des Wahlvereins Randow-Greifenhagen nahm zum Parteitag folgenden Antrag an: „Der Parteivorstand wird beauftragt, im Einverständnis mit der Generalkommission eine Urabstimmung darüber vornehmen zu lassen, wer von den Organisierten für eine Arbeitsruhe am 1. Mai ist. Das Ergebnis ist dem internationalen Kongreß als Material zu überweisen."

•

Die Parteigenossen von Köln-Land beschlossen eine große Reihe von Anträgen an den Parteitag. Unter anderem wird die Erneuerung des Branntweinboykotts verlangt, ferner eine Aenderung des Titelblatts der Neuen Zeit, die Aufstellung eines Bücherverzeichnisses, um eine planmäßige Einführung in die Wissenschaft des Sozialismus zu ermöglichen, die Beschaffung von Material für die Agitation unter den Privatangestellten usw. Ein Antrag fordert: „Eine Studienkommission für die Agrarfrage einzusetzen." Die Kommission, zu der nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Praktiker der landwirtschaftlichen Betriebswelt zuzuziehen sind, soll unter Verwendung einwandfreien statistischen Materials namentlich die landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und die soziale Lage der Kleinbauern objektiv erforschen und dadurch die Unterlagen für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm schaffen.

Ein anderer Antrag verurteilt „die Abhaltung von Sonderkonferenzen jeglicher Art". Es wird vom Parteitag erwartet, daß er Mittel und Wege findet, daß solche Veranstaltungen in Zukunft nicht wieder vorkommen werden. — Dann sind in der Organisation viele Aenderungen erforderlich.

*

Der sächsische Landesparteitag.

Im Dresdner Volkshause traten am Sonntag die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie zu ihrer diesjährigen Landesversammlung zusammen. Der Bericht, der vom Landesvorstand vorgelegt wurde, zeigt, daß auch im Berichtsjahre ein überaus reges Parteileben in Sachsen pulsierte. Wenn auch in den letzten Jahren eine kleine Besserung eingetreten ist, so scheinen sich manche sächsische Behörden doch noch nicht ganz von der Politik der Nadelstiche entwöhnen zu können. Der Bericht des Landesvorstandes führt nach der Richtung hin eine ganze Menge Beispiele an, insbesondere die wiederholten Versuche sächsischer Polizeibehörden, Versammlungen eines geschlossenen Personenkreises zu überwachen. In einer Reihe von Städten versuchte man, den Arbeitern die Bürgerrechtserwerbung dadurch zu erschweren, daß die Gebühren in die Höhe geschraubt wurden. Von der Oberbehörde ist dieses Verfahren nunmehr für ungerechtfertigt erklärt worden. Daß die Arbeiterturn-, Radfahrer-, Gesangvereine usw. die liebevolle Hand der Polizei recht häufig zu fühlen bekamen, versteht sich am Rande. Als eine erfreuliche Tatsache konnte der Bericht den Umstand bezeichnen, daß die Kriegervereine eine große Mitgliederflucht zu beklagen haben. Die sächsische Parteipresse hat gegenwärtig einen Abonnentenstand von rund 235 000. Die Zahl der Gemeindevertreter beträgt zurzeit 2023. Die Gesamteinnahmen der sächsischen Partei stiegen von 616 700 auf 972 530 Mk. Der Nebenpfennig-Wochenbeitrag ist in allen 23 Wahlkreisen nunmehr durchgeführt. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist seit dem Vorjahre von 120 580 auf 149 325 gestiegen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in Sachsen 513 216 Stimmen abgegeben. Von den 23 sächsischen Reichstagsmandaten sind 19 im Besitz der Sozialdemokratie. Es besteht die Hoffnung, im nächsten Jahre auch noch das 20. Mandat zu holen, weil die Wahl des Reichsverbändlers Liebert, der nur mit 23 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, voraussichtlich vom Reichstage für ungültig erklärt werden dürfte. — Unter den Landarbeitern und besonders auch unter den Eisenbahnern ist eine sehr lebhafte schriftliche Agitation entfaltet worden. Außer einer großen Anzahl anderer Schriften wurde ein Flugblatt über die Landespolitik in 600 000 und ein Kalender in 320 000 Exemplaren im ganzen Lande verbreitet.

Wie zart.

Wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen wurde der verantwortliche Redakteur der Königsberger Volkszeitung zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt, weil er während des Straßenbahnerstreiks mitgeteilt hatte, daß ein arbeitswilliger Schaffner mit einem Jahre Gefängnis vorbestraft sei. Die Tatsache war nicht zu bestreiten, aber das Gericht sah darin die Beleidigung, daß dem Arbeitswilligen die Strafe öffentlich vorgehalten wurde.

Briefkasten der Redaktion.

F. Sch., Löbejün. Freilich müssen Sie zahlen. Für den Monat, in dem Sie eintreten, sind Sie zur Zahlung nicht verpflichtet.

O. St., Radefeld. Der Staatsangehörigkeitsschein muß vorher besorgt werden.

M. M., Mühlberg. 1 und 2 ja.

O. H., 500. Anzeigen können Sie den Mann, aber Vorteil haben Sie nicht davon. Am besten ist es, Sie machen ihn einmal darauf aufmerksam.

Literarisches.

Technische Monatshefte. Zeitschrift für Technik, Kultur und Leben. Herausgegeben von Prof. Dr. phil. et jur. Jul. Kollmann und Diplom-Ing. Dr. Adolf Reiz. 3. Jahrgang. Heft 6, 7, 8. Verlag der Technischen Monatshefte (Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart). Halbjährlich 3,50 Mark (6 Hefte, 2 Buchbeilagen).

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Koenen in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191208 20-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

Heute Montag und morgen Dienstag:

„Zweimal gelebt!“

Englisches Sensationsstück in 12 Bildern von Walter Melville. Deutsch von Siegfr. Lutz, Musik von Edward Reeves.

Bereits über 5000 mal aufgeführt.

Anfang 8.10 Uhr. Tageskasse 10—1½ und 4—6 Uhr.

Volkspark

Tel. 1107. **Burgstrasse 27.** Tel. 1107.

Dienstag den 20. August cr.

Letztes Dienstags-Konzert

= Paul Linke-Abend =

ausgeführt von der Engelmannschen Kapelle.

Um gütige Unterstützung ersucht

Die Geschäftsleitung

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im grossen Saale statt.

Metallarbeiter

Verwaltung Halle a. S.

Mittwoch den 21. August abends 8½ Uhr im großen Saale des „Volksparkes“:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.** (Das Problem der kommunalen und staatlichen Arbeitslosen-Versicherung.)

Referent: Landtags-Abgeordneter Genosse Riem, Redakteur.

2. **Der Streik b. d. Firma Reuter & Straube.**
3. **Verbands-Angelegenheiten.**

Verbands-Kollegen! Sorgt für guten Besuch dieser Versammlung. **Die Verbands-Leitung.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Verband der Hausangestellten, Ortsgr. Halle.

Mittwoch den 21. August 1912 in Wilsdorfs Konzerthaus, Karlstraße 14:

Tanzkränzchen.

Beginn abends 8 Uhr. Ende nachts 12 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Allerfeinste

Voll-Heringe,

vorzüglich im Geschmack,

8 a Stück Pfg.

F. Beerholdt,

Bechershof 8 (dicht am Markt).

Fernruf 1040.

„Die Besten sind die Billigsten!“

Tischmesser.

Wir führen nur die besten Fabrikate wie:

J. A. Henkels und Ed. Wüsthof, Solingen.

Gute Essbestecke von 50 Pf. an.

C. F. Ritter, Halle a. S.,

Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Arbeiter

-Verbände und -Vereine

geben ihre Drucksachen der

Genossenschaftsbuchdruckerei,

Halle a. S., Harz 42/43,

der ihnen am nächsten stehenden Druckerei des Volksblattes, in Auftrag. Dort werden sie prompt und preiswert bedient.

Delikate, saftriefende

Schweizer-Käse Pfund **120** Pf.

jetzt besonders fein im Geschmack!

Sehr feine, speckige

Alpen-Limburger . . . Pfund **58** Pf.

16 Filialen. **F. H. Krause.** 16 Filialen.

DR & GL **Lützkendorfer Salon-Briketts**

feinste Marke des Gesellsalzes, von anerkannt vorzüglichster Heizkraft und geringstem Aschengehalte) liefert in Fuhren zu den billigsten Tagespreisen

Dörstewitz-Rattmannsdorfer

Braunkohlen-Industrie-Gesellschaft, Magdeburgerstr. 11.

Soeben erschienen:

Der Neue Welt-Kalender 1913.

37. Jahrgang.

Reich illustriert. Reich illustriert.

Preis 40 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung.

Halle a. S., Harz 42/43.

Makulatur

zu haben in der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Haus-Bier,

in der heissen Jahreszeit leichtes, erfrischendes u. wohlschmeckendes Getränk, empfiehlt, à Flasche 8 Pfg.,

Freybergs Brauerei.

— Fernsprecher 65. —

Jeden Dienstag: **Schlacht-Fest.** **O. Grobaum,** Mansfelderstraße 3.

Morgen u. jed. Dienstag — Schlachtfest. — **Joh. Fischer,** Große Gosenstraße 39.

Wanzen mit Brut sowie sämtl. Ungeziefer vertilgt durch chemische Vergasung innerhalb 6 Stunden Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer. Mauerstraße 2. Telephon 3645.

Arbeitsmarkt

Mehrere Häuer und Förderleute

für Tage- sowie Tiefbau für dauernde Beschäftigung stellen noch ein

Coswiger Braunkohlen-Werke (G. m. b. H.) Coswig i. A.

Sofort hohen Verdienst

finden Leute jeden Standes, die über 550 Mk. bar verfügen, um den Alleinverkauf eines leicht absetzbaren Artikels übernehmen zu können. **In Deutschland bereits über 400 Bezirke vergeben!** Jedes Risiko ausgeschlossen. Reelles Angebot. Grösster Erfolg nachweisbar. Näheres durch **L. R. Höckner, Plauen i. V.,** Ob. Graben 11.

Einmachegläser

mit Patentverschluss.

C. F. Ritter,

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Waschgefäße

kaufen Sie am besten bei **H. Seifert,** Burgstraße 8.

Haben Sie

schon meine **Spitzkugeln** (Honigkuchen mit Schokolade überzogen) probiert? Ich möchte Sie gern als Kunden haben.

Carl Bosch, Breitestrasse 1, Marktplatz, i. Turm und Leipzigerstrasse 61/62.

Frauen

brauchen bei Störung, u. Unregelmäßigkeit, sow. Weißfluß nur **Dr. Scheidig's Salfnerol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 M., Tropfen 6.50, 8—10 M., sow. sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst. 1 Fl. Dep. **Dr. Conrad Scheidig,** Halle a. S., Graiscweg 3a, p. l. Damenbedienung. Rückporto.

Gurkenhobel

mit guten Messern billigst bei

C. F. Ritter,

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Braun-Bier,

täglich frisch, empfiehlt

Günthers Brauerei.

Verkauf nur 7½—12 u. ½2—½6 Uhr.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. **Zander,** Gr. Klausstraße 12. Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Frauen

bei Ausbleiben monatl. Abgänge wenden sich vertrauensvoll an Frau **F. Braune, Oberhausen,** Rheinl., Friedenstr. 14. — Rückp. erbeten. — Frauen-Katal. gratis.

Elektrische

Taschenlampen

mit Garantie-Dauer-Batterie.

C. F. Ritter,

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Baugewerk- u. Tiefbauschule (4 Sem.) **Frankenhausen Kyffh.** erch. mit Arbeit. - s. Bauing.-Abtlg. (5 Sem.) Eisenbet. u. Maurerfabrik.

Apollo-Theater.

Nur noch 3 Tage, abends 8.10 Uhr:

„Napoleon Bonaparte“

oder **„Vor 100 Jahren“.**

Beispielloser Erfolg!!

Jetzt geht's los!

Dienstag früh 8 Uhr der erste

Kühlwaggon:

Seefische

in der

Nordsee

Gr. Ulrichstr. 58.

Goldbarsch	Pfd.	19
Seelachs ohne Kopf	Pfd.	25
Kabeljau o. Kopf	Pfd.	25
Karbonaden	Pfd.	30
Bratschellfische	Pfd.	22
Seehecht o. Kopf	Pfd.	45

Alle anderen Seefische ebenfalls vorrätig.

Ferner die erste Sendung: **Lebende Karpfen.**

Sehr preiswert: **Neue Vollheringe,** Stück 6, 7, 8 und 10 Pfg. ff. Bratheringe, 3 Stück 20 Pf.

Jeder erhält eine passende **Lesebrille** schon von 50 Pf. an

C. F. Ritter,

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

— Entlaufen —

grauer Jagdhund. Abzugeben gegen Belohnung bei **Alb. Eites,** Luftschaukel, Dorkstraße.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 17. Aug.

Aufgeboten: Bergmann Weise und Luise König (Eisleben und Freimfelderstraße 20). Kaufmann Höbel und F. Lampe (Halle und Oldenburg). Maschinenschlosser Reimann u. E. Stoltzmeier (Halle und Schönewerda).

Eheschließungen: Schaffner Hochkirch und Frida Leinung (Lauchstädt und Charlottenstr. 22). Eisenbahngehilfe Emmerich und Margarete Wendenburg (Berlin und Hallorenstraße 2). Heizer Grain und Margarete Schmidt (Mücheln und Streiberstraße 33). Wagenbauer Küttner und Lina Deichmann (Blücherstr. 8 u. Gangerhausen). Feuermann Karich und Margarete Henze (Lunzenau). Rechtsanwalt Bauermeister und Katharina Seiffert (Lübben und Kirchnerstraße 9). Kaufmann Hecht und Martha Kolbe (Bernhardstraße 13 und Merseburgerstraße 162). Arbeiter Bock und Marie Sondershausen (Brauhausstraße 7 und Schützenstraße 2). Geschirrführer Müller und Anna Paproski (Kleine Ulrichstraße 8 und Langestraße 7).

Gestorben: Arbeiters Blume T., 5 Mon. (Schlosserstr. 6, III). Hoblers Hübner aus Dieskau Ehefrau Marie geb. Schmeil, 42 J. (Klinik). Arbeiter Herrmann aus Roitzschjora, 42 J. (Klinik). Witwe Blume geb. Ulrich aus Bitterfeld, 35 J. (Klinik). Berta Köppe, 38 J. (Leipzigerstr. 3). Geschirrführers Erfurth S., 1 W. (Melanchthonstraße 42). Geschirrführers Haupt a. Steuden S., 14 J. (Bergmannsroth). Schneidergehilfe Klingsporn, 31 J. (Leipzigerstraße 94). Arbeiters Dienemann Ehefrau Lina geb. Kletscher, 57 J. (Gr. Brauhausstraße 13).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a). 17. August.

Eheschließungen: Arbeiter Losse und Frida Bergfeld (Hermannstraße 19). Arbeiter Schuster und Therese Häbicke, (Humboldtstr. 2 und Schulberg 20).

Geboren: Arbeiter Hübner S. (Ludwig-Wuchererstraße 20).

5% Rabatt auf alle Ware.

Ia. Sauerkraut 3 Pfund 10 Pfg., 5% Rab.

Diese Woche erhalten Sie zur Probe bei Einkauf von

1 Pfund **Tafelgöttin** zu 95 Pfg. 5% Rab. (Ia. Molkerei-Butter-Ersatz Margarine)

oder bei Einkauf von

1 Pfund **Echte Knäusella** zu 76 Pfg. 5% Rab. (Ia. Land-Butter-Ersatz Margarine)

vollständig gratis

3 Pfd. **Ia. Sauerkraut** zu 10 Pfg.

oder zur Wahl nach Ihrem Wunsch auch 1 Paar Ia. **Halberstädter** zu 15 Pfg.

Wenn, mit welchen Sie nicht zufrieden, erhalte retour.

Albert Knäusel | Gr. Steinstr. 58 | Schmeerstr. 15 | Leipzigerstr. 72 | Bernburgerstr. 15 | Jägergasse 2 | Goethestr. 9 | Merseburgerstr. 8 | Steinweg 24

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120820-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 193 — Halle a. S., Dienstag den 20. August 1912 — 23. Jahrg.

Neunter Bundestag des Arbeiterradfahrerbundes Solidarität.

k. r. Dresden, 16. August.

Im großen Volkshaussaale wurde am Sonnabend, d. 10. Aug., abends der diesmalige Bundestag der Arbeiterradfahrer eröffnet. Es nahmen teil 117 Delegierte; ferner der Bundesvorstand, die Redaktion des Arbeiterradfahrers, die Preßkommission, der Ausschuß, der Aufsichtsrat und die Geschäftsleitung des Fahrradhauses Frischauf, der Arbeiterturnerbund, der Arbeitersamariterbund und die Schwimmer durch Vertreter.

Am Sonntag vormittag fand eine geschlossene Sitzung statt, in der interne Angelegenheiten des Bundes beraten wurden, am Montag erstatteten Bundesvorsitzender Fischer-Offenbach und die Kassierer den mündlichen Vorstandsbericht.

Der Bericht des Ausschußvorsitzenden Müller-Dresden erstreckte sich über Beschwerdefälle, die sämtlich interner Natur sind.

In der darauf einsetzenden Diskussion wurde ein Antrag des Vorstandes mit zur Debatte gestellt, „im Bundesbureau ein Archiv einzurichten und zur Leitung desselben einen Archivar aus den Reihen der Bundesmitglieder zu wählen.“

Die Diskussionsredner waren in großen Zügen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Die Klagen bezogen sich auf mangelhafte Materialzustellungen, zeitweilige späte Beantwortung von Briefen, den Ton und die Art des Verkehrs usw. Erhebliche Angriffe richtete Koch-Hamburg gegen den Vorstand. Vor allem, daß er in verschiedenen inneren Zwistigkeiten eher verschärfend als versöhnend eingegriffen. Auch die Anwesenheit von Bundesvorstandsmitgliedern auf den Gautagen habe im Interesse der Sparsamkeit wie manchmal auch des innern Friedens besser zu unterbleiben. Demgegenüber betonten jedoch andere Redner, daß es zweckmäßig sei, daß der Vorstand auf den Gautagen vertreten sei. Mit der Errichtung eines Archivs und der Anstellung eines Archivars erklärte sich der Bundestag einverstanden. Die Stelle soll ausgeschrieben werden. Vielseitig diskutiert wurde die Entnahme der Bausondsmarken. Die Weigerung der Entnahme wurde fast allseitig verurteilt, jedoch die Weigerer etwa aus dem Bunde auszuschließen, dafür konnten die Redner sich nicht erwärmen. Man wolle vor allem versuchen, mehr Aufklärung über den Wert des genossenschaftlichen Unternehmens zu verbreiten.

Am Dienstag wurden auf Antrag der Wahlprüfungskommission sämtliche Mandate für gültig erklärt, mit Ausnahme des Mandats John-Halle. Der Beschluß war einstimmig. In bezug auf einen anderen Wahlakt wurde dem Bezirksvorsteher Nefus-Bamberg für sein Verhalten eine scharfe Rüge erteilt.

Der Redakteur Labbé und der Vorsitzende der Preßkommission, Kuntsch-Offenbach, gaben ihre Berichte. Das Bundesorgan hat gegenwärtig eine Auflage von 163 000. Mit dem enormen Steigen der Auflage ist natürlich auch die Arbeit der Redaktion sowohl wie der Expedition bedeutend gewachsen. Die der Redaktion dadurch, daß der Inhalt des Blattes gegen früher nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ gebessert und gemehrt wurde. Die Redaktion ist stets bestrebt gewesen, den Lesestoff so zu gestalten, daß er zunächst der Eigenart des Blattes als Organ einer Arbeiterradfahrerorganisation, die den Radsport pflegt, entspricht; in zweiter Linie hat sie es aber auch als ihre Aufgabe betrachtet, im Sinne einer modernen Weltanschauung gerichtete Abhandlungen bildender, belehrender und unterhaltender Natur darzubieten; im übrigen hat sie es für selbstverständlich gehalten, daß der Gesamtinhalt des Blattes so zugeschnitten sein muß, daß er nicht nur der Arbeiterradfahrersache, sondern auch der Sache der gesamten modernen Arbeiterbewegung zu dienen geeignet ist.

In der Diskussion wurde durchweg anerkannt, daß das Organ ausgezeichnetes geleistet hat. Moniert wurde die Aufnahme von Annoncen von Konkurrenzunternehmen, und auch in bezug auf den Inhalt des Organs wurden mancherlei Wünsche ausgesprochen, die der Redakteur soweit als möglich zu berücksichtigen versprach.

Darauf erstattete der kaufmännische Leiter des Fahrradhauses, Boßmeyer-Offenbach, den Bericht der Geschäftsleitung des Fahrradhauses Frischauf. Dessen Entwicklung, nebst einer Beschreibung des Bundesgeschäfts ist in einem 54 seitigen, mit wohlgelungenen Illustrationen versehenen gedruckten Bericht geschildert, der den Delegierten vorliegt. Nach dem Beschluß des Bundestages zu Frankfurt a. M. 1910 ist das Jahr 1911 das erste Geschäftsjahr des Fahrradhauses in eigner Regie des Bundes. Ursprünglich ein kleines Privatunternehmen, wurde das Geschäft später Einkaufsgenossenschaft der Berliner Genossen, und vom Jahre 1906 an war auch der Arbeiterradfahrerbund als solcher an dem Unternehmen beteiligt. Hatte sich nun in den ersten Jahren das Unternehmen schon gut entwickelt, so war der Aufschwung im Jahre 1911 ein alle Erwartungen übertreffender. Stieg doch der Umsatz in diesem Jahre auf 842 605,04 und überflügelte damit das Jahr 1910 um 367 631 Mk. oder 77,4 Proz. Es gestaltete sich der Umsatz in den einzelnen Jahren wie folgt: 1908 183 823,68 Mk., 1909 291 185,39 Mk., 1910 474 974,04 Mark, 1911 842 605,04 Mk. Die Diskussion über den Bericht wurde nach dreistündiger Dauer durch einen Schlußantrag beendet. Es wurden viel interne Angelegenheiten von den Rednern erörtert.

Der Bundessyndikus, Rechtsanwalt Dr. Katz-Offenbach, hielt das Referat über den Punkt der Tagesordnung:

Rechtsschutzfragen im Bund. Der lehrreiche Vortrag wird den Mitgliedern in Artikelform zur Kenntnis gebracht.

Dann hielt Genosse Wirt-Offenbach ein instruktives Referat über Die zukünftige Gestaltung des Fahrradhauses, wobei er eine Reihe den Delegierten schriftlich vorliegender Vorschläge begründete, die in der Hauptsache lauten:

„Die weitere Durchführung und der Ausbau des Filialsystems ist anzustreben. Verkaufsstellen, welche die nötige Rentabilität garantieren, sind nach und nach in Filialen umzuwandeln; hierüber entscheidet jedoch von Fall zu Fall der Aufsichtsrat nach Anhörung der Geschäfts- und der Bundesleitung. Einen Anspruch darauf, in eine Filiale umgewandelt zu werden, hat keine Verkaufsstelle. Die letzte These des Referenten lautet: „Zur besseren Finanzierung des Fahrradhauses und um keinen zu hohen Bankkredit in Anspruch nehmen zu müssen, schlagen wir vor, eine Sparkasse zu errichten, in der die einzelnen Vereine und auch Privatpersonen ihr entbehrliches Geld anlegen sollten. Das Kapital kann mit 4½ Prozent verzinst werden, damit hätten die Vereine und Privatpersonen ihr Kapital günstig angelegt und das Fahrradhaus würde, wenn große Beträge eingelegt werden, bedeutend leistungsfähiger gemacht.“

Nach einer längeren Diskussion wurden die Vorschläge in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 27 Stimmen angenommen. Nach der Abstimmung gaben eine Reihe Delegierte die Erklärung ab, daß sie mit Nein gestimmt haben, nicht weil sie gegen die Allgemeinheit der Thesen sind, sondern weil sie gegen verschiedene Einzelheiten etwas einzuwenden haben. Dann wurde noch eine Resolution angenommen, die den Bundesvorstand beauftragt, Schritte zu unternehmen, um eine Annäherung des Fahrradhauses an die Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine herbeizuführen; desgleichen ein Antrag, die Einstellung und Entlassung des Personals des Fahrradhauses in Zukunft nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses vorzunehmen. Bezüglich der Rückzahlung der Bausondsmarken wurden zwei Anträge, die die Hinausschiebung der im Jahre 1914 fälligen Rückzahlung bezwecken, abgelehnt. Es bleibt also in dieser Frage bei den in Frankfurt gefaßten Beschlüssen, wonach die Rückzahlung 1914 erfolgt.

Die Statutenberatungs-Kommission hatte keine wesentlichen Aenderungen des Statuts beschlossen, nur einzelne Paragraphen sollen geändert werden. Der Bundestag beschloß demgemäß.

Bei der Beratung der Angelegenheiten des Fahrradhauses Frischauf war die Frage der Angliederung des Magdeburger Geschäfts — das bis jetzt einer Gesellschaft verschiedener Bundesgenossen gehört — an das Fahrradhaus einer besonderen Kommission überwiesen worden. Diese Kommission entschied im Sinne der Angliederung, die auch einstimmig angenommen wurde.

Die bisherigen Mitglieder des Vorstandes und der Redaktion wurden einstimmig wiedergewählt; der Sitz des Ausschusses bleibt in Dresden; der nächste Verbandstag findet 1914 in Köln statt.

Damit waren die Arbeiten des Bundestages erledigt.

Gewerkschaftliches.

Warnung vor Arbeitsangeboten nach Finnland.

Bei Kymi, einer der größten Papierfabriken in Finnland, kam es am 13. Juli zum Streik, der noch nicht beigelegt werden konnte. Die Einigkeit und Ordnung unter den Streikenden ist vollständig und die Aussichten auf einen glücklichen Ausgang groß, denn die Firma hat keine Streikbrecher im Lande finden können. Gegenwärtig sollen Agenten in Deutschland herumreisen, um 200 berufskundige Streikbrecher anzuwerben. Die deutschen Arbeiter werden deshalb vor Arbeitsannahme nach Finnland gewarnt.

Beilegung der Differenzen in der Görlitzer Waggonfabrik

Eine für die Arbeiter befriedigende Erledigung haben die letzten Differenzen in der Görlitzer Waggonfabrik gefunden. Es handelte sich bekanntlich um die Handhabung der getroffenen Vereinbarungen bei Beendigung des Streiks durch die Werksleitung. In der Verhandlung darüber zwischen den Organisationsvertretern und der Direktion wurden die Klagen über eine willkürliche und dem Sinne der Vereinbarungen widersprechende Durchführung zum Teil zerstreut, zum Teil wurde eine Nachprüfung zugesichert. Ausdrücklich wurde dabei von der Direktion versichert, daß sie nicht im geringsten daran denke, die einmal getroffenen Abmachungen in irgend einer Weise zu verletzen. Sollte sich die Wiedereinstellung aller Streikenden bis über den dafür festgesetzten Termin (1. Oktober) hinziehen, so werden die ehemals streikenden Arbeiter auch über diesen Termin hinaus zunächst eingestellt. Weiter erklärte sich die Direktion bereit, bei etwaigen Differenzen jederzeit mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Das hatte die Direktion bis zum Streik und auch noch während desselben immer abgelehnt. Die Direktion scheint während der Einigungsverhandlungen eingesehen zu haben, daß es sich sehr gut mit den Organisationsvertretern verhandeln läßt und daß dadurch Differenzen mit den Arbeitern leichter und besser zu einem für beide Teile gedeihlichen Abschluß kommen, als mit Hilfe der Hinterbrüder.

Behörden als Streikbrechervermittler.

Vor einiger Zeit fand in Essen ein Streik der im Transportarbeiter-Verband organisierten Leitergerüstbauer statt. Unter den Arbeitswilligen, die von den Streikenden bewogen wurden, die Arbeit wieder niederzulegen, befand sich auch ein Arbeiter, der folgendes bekundete: Er sei von der Polizei festgenommen worden, weil man ihn im Verdacht hatte, arbeitsscheu zu sein. Auf dem Essener Polizeipräsidium sei ihm von

---

37] **Madame Bovary.** [Nachdr. verb.]

Ein Sittenroman aus der Provinz von Gustave Flaubert.

Aus dem Französischen übertragen von Jos. Ettlinger.

Emma ergriff die Waschschüssel, um sie unter den Tisch zu schieben. Bei dieser Bewegung bauschte sich ihr Kleid — es war ein gelbliches Sommerkleid mit vierfachen Volants, langer Taille und weitem Rock — etwas auf und breitete sich rings um sie auf den Fußboden des Zimmers aus. Und während sie in ihrer gebückten Stellung, die Schüssel in den vorgestreckten Händen, ein wenig schwankte, blähte und senkte sich der faltige Stoff des Rockes bald hier-, bald dorthin, je nach der Beugung des Oberkörpers. Dann holte sie eine Flasche frisches Wassers und ließ von dem Mädchen Zucker in kleine Stückchen hacken.

Inzwischen war der Apotheker herbeigeeilt. Das Mädchen war im ersten Schrecken fortgerannt, um ihn zu holen. Als er seinen Lehrling aufrecht sitzen sah, war er sichtlich erleichtert. Er trat auf ihn zu und musterte ihn mit prüfenden Blicken von oben bis unten.

„Dummkopf,“ sagte er; „kleiner Dummkopf, wie er im Buche steht! Auch ein Grund zum Ohnmächtigwerden — ein einfacher Aderlaß! Ein netter Held, der vor so einer Kleinigkeit erschrickt! Aber auf die höchsten Bäume klettern, wie ein Eichhörnchen, um Nüsse herunterzuholen, das kann er! — Jawohl, tu nur den Mund auf und mach dich noch groß damit! . . . Recht nette Aussichten für einen, der Apotheker werden will, à la bonne heure! Wo man in schwierigen Fällen vor Gericht gezogen werden kann, um sein Gutachten vor der Obrigkeit abzugeben, und immer kaltblütig bleiben und als Mann denken und überlegen muß, wenn man nicht für einen Simpel gehalten werden will!“

Justin wagte nicht zu antworten. Sein Prinzipal fuhr fort: „Wer hat dich überhaupt gebeißen, hier herüberzugehen? Fortwährend liegst du den Herrschaften auf dem Halse! Und gerade Mittwochs, wo du weißt, daß ich dich drüben brauche! Mindestens zwanzig Personen warten drüben auf mich. Alles hab ich deinetwegen liegen und stehen lassen müssen. Allons, jetzt marsch! Fort mit dir, hinüber! Und gib auf die Sachen im Laden acht, verstanden?!“

Als Justin wieder angekleidet und weggegangen war, sprach man noch einiges über Ohnmachten im allgemeinen. Es stellte sich heraus, daß Emma niemals welche beim Anblick von Blut oder Wunden gehabt hatte.

„Das ist etwas sehr Seltenes bei einer Dame!“ äußerte Herr Boulanger. „Es gibt aber auch übermäßig empfindliche Leute. So habe ich's erlebt, daß bei einem Duell einer der Sekundanten in Ohnmacht fiel, als er nur die Pistolen laden hörte.“

„Wenn ich anderer Leute Blut sehe,“ bemerkte Homais, „so läßt mich das vollkommen kalt. Wenn ich dagegen nur den Gedanken daran habe, daß das meinige fließen könne, so genügt es schon, mich in ein Ohnmachtsgefühl zu versetzen.“

Inzwischen schickte Herr Boulanger den Kutscher, den er mitgebracht hatte, wieder fort und ermahnte ihn, sich jetzt zu beruhigen, nachdem man ihm seine Einbildungen vertrieben habe.

„Mindestens haben sie mir das Vergnügen Ihrer Bekanntschaft verschafft,“ fügte er hinzu.

Er hatte den Blick bei diesen Worten wie zufällig auf Emma gerichtet. Dann legte er auf eine Ecke des Tisches ein Dreifrankstück, verbeugte sich leicht und ging weg.

Nach wenigen Minuten war er schon am andern Ufer des Baches — dies war sein Weg, wenn er nach La Huchette zurückkehren wollte — und Emma sah ihn vom obersten Fenster aus talaufwärts gehen, langsam unter den Pappeln dahinschreitend, wie jemand, der über wichtige Dinge nachdenkt.

„Sie ist niedlich,“ sagte er zu sich; „sehr niedlich sogar, diese kleine Doktorsfrau! . . . Hübsche Zähne, schwarze Augen, einen kleinen Fuß und eine Tournüre — die reine Pariserin! Wo zum Teufel hat sie das her?! Und wo mag der dicke Klotz von einem Manne sie aufgegangen haben?“

Rudolf Boulanger stand im vierunddreißigsten Jahre. Er war von roher Gemütsart, schlau und verwegen, hatte sich viel mit Weibern abgegeben und verstand sich zur Genüge darauf. Die heute hatte er hübsch gefunden: nun beschäftigten sich seine Gedanken mit ihr und ihrem Gatten.

„Er scheint mir reichlich blöde . . . Sie hat ihn offenbar satt . . . Er hat schmutzige Nägel und war seit drei Tagen nicht rasiert. Wenn er seinen Patienten nachläuft, muß sie zu Hause sitzen und Strümpfe stopfen. Das langweilt natürlich . . . man wünscht sich, in der Stadt zu leben, alle Abend Polka zu tanzen . . . Armes Kind! Das lechzt nach Liebe, wie der Karpfen auf dem Küchentisch nach Wasser! . . . Mit drei, vier schönen Worten hätte man ihr den kleinen Kopf verdreht — darauf wette ich! Und sie hätte was zu geben! . . . Nur — wie das später wieder los werden . . .?“

Die genußreichen Stunden, die ihm zu winken schienen, brachten seine Gedanken auf seine derzeitige Maitresse. Es war eine Schauspielerin in Rouen, die er aushielt. Und indem er ihr Bild im Geiste vor sich sah, fand er, daß er sie eigentlich grünlich satt hatte.

„Entschieden,“ überlegte er, „diese Madame Bovary ist bedeutend hübscher, als sie, jedenfalls jünger und frischer. Die gute Virginie geht nachgerade doch zu sehr auseinander! Sie ist so langweilig mit ihrer egaltierten Zärtlichkeit und ihrer ewigen Passion für Seekrebse . . .“

Feld und Wiesen lagen menschenleer und verlassen, und Rudolf hörte keinen Laut, als das Rascheln der Halme und Gräser, die sein Fuß beim Auftreten streifte, und das entfernte Zirpen der Grasmücken im Haferfelde. Er sah Emma wieder vor sich, in der Kleidung, in der er sie vorhin im Zimmer zuerst gesehen, und er begann im Geiste bereits sie auszukleiden.

„Teufel, ich muß sie haben!“ rief er aus und teilte mit einem Hiebe seines Stockes eine Erdscholle, die ihm im Wege lag.

Und gleichzeitig beschäftigte ihn schon die praktische Seite der Sache. Er fragte sich:

„Wo sich treffen? Wie es anstellen? — Man wird beständig das Baby auf dem Arme haben und Bonne, Nachbarn und Gatten usw. in den Kauf dazu nehmen müssen, — bah! Nein, das kostet so viel Zeit!“

Dann begann er von neuem:

„Sie hat aber wirklich ein paar Augen, — die gehen einem durch und durch! Und dieser blasse Teint . . . Ich habe von jeher ein Faible für blasse Frauen gehabt!“

Als er auf der Höhe von Argueil angelangt war, stand sein Entschluß fest.

„Es gilt nur, eine Gelegenheit zu finden. Nun denn . . . ich werde ein paarmal hingehen, werde ihm gelegentlich ein Stück Wild herüberschicken oder Geflügel — nötigenfalls kann ich mich ja auch schröpfen lassen. So werden wir Freunde, ich lade die Leiden zu mir ein . . . Wetter noch mal,“ besann er sich plötzlich, „nächstens ist ja die große Versammlung hier, da muß sie ja auch zu sehen sein! Dort wollen wir die erste Bresche legen, und dann gleich zum Sturm, marsch, marsch! — das ist das sicherste!“

VIII.

Endlich war sie wirklich gekommen, die berühmte Versammlung! Schon am frühen Morgen des festlichen Tages standen überall die Bewohner des Ortes unter ihren Haustüren und unterhielten sich über die Vorbereitungen, die zu treffen waren. Man hatte schon Tags zuvor den Giebel der Bürgermeisterei mit frischen Efeugirlanden bekränzt; ein großes Zelt war auf der Wiese drüben aufgeschlagen, worin das Festbankett abgehalten werden sollte; und inmitten des Marktplatzes, vor der Kirche, hatte man eine Art Feldschlange aufgestellt, um damit beim Nahen des Präfekten und später bei der Preisverteilung Salut zu schießen.

Die Bürgergarde von Buchy (in Yonville gab es keine) war herübergezogen und hatte sich mit der einheimischen Feuerwehr verbunden, deren Löschhauptmann Binet war. Er trug heute einen womöglich noch höheren Kragen als sonst, und in den dunkelgrauen Uniformrock eingeschnürt erschien sein Oberkörper so steif und unbeweglich, daß es aussah, als seien nur noch die Füße an ihm lebendig, die sich ruckweise mit straffen Schritten fortbewegten. Zwischen ihm und dem Bürgermajor der andern bestand eine stumme Rivalität, und jeder ließ seine Leute besonders manövrieren, um den andern auszustechen. Abwechselnd sah man die roten Epaulettes und die schwarzen Helme aufmarschieren und auf dem Platze hin- und herziehen, ohne Ende, immer von neuem.

Es war aber auch ein Gewühl und Gepränge und eine Pracht heute, wie sie Yonville noch nicht gesehen hatte! Verschiedene Häuser waren zur Feier des Tages gründlich abgewaschen worden. Aus den offenen Fenstern wehten da und dort Trikoloren. Die Wirtshäuser waren vom frühen Morgen an überfüllt. Die schneeweißen, gestärkten Häubchen, die goldenen Kreuzchen und farbigen Busentücher schillerten im blendenden Sonnenlicht und warfen allenthalben buntscheckige Flecken in das einförmige Gewimmel der schwarzen Bratenröcke und dunkelblauen Feiertagsanzüge. Die auswärtigen Bäuerinnen zogen, wie sie vom Pferde gestiegen waren, eine große Nadel aus ihrem Rock, mit der er aufgesteckt war, damit unterwegs kein Fleckchen daran komme, während die Männer sich das Sackituch über den Hut zogen, um ihn zu schonen, und den herabhängenden Zipfel mit dem Mundwinkel festhielten. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191208 20-14/fragment/page=0005

dem Kriminalschutzmann, der ihn verhörte, die Abschiebung ins Arbeitshaus angedroht worden. Der Beamte ließ auf seine Widerrede hin, in der er beteuerte, sich wohl um Arbeit bemüht, aber keine gefunden zu haben, durchblicken, daß es doch genügend Arbeitsgelegenheit in Essen gäbe. Er nannte dabei die drei bestreiten Leitergerüstbaufirmen Alb. Triebel, August Feldbusch und Gottfried Wiecher und schrieb ihm die Adressen der Firmen auf einen Zettel. Er machte dann die Bemerkung, daß, wen der angeblich Arbeitsscheue dort in Arbeit trete, die Unterbringung in ein Arbeitshaus nicht stattfinden würde, andernfalls sollte er sich am andern Tage zur bestimmten Zeit im Zimmer Nr. 107 des Polizeipräsidiums wieder einfinden. Der Arbeitswillige, der diese Begebenheit der Verbandsleitung vortrug, übergab derselben als Beweis für die Wahrheit seiner Behauptung einen aus dem Polizeipräsidium stammenden Zettel, der die erwähnten Adressen und den Namen des Beamten sowie die betreffende Zimmernummer enthielt.

Ein ähnlicher Fall wird jetzt von der Essener Eisenbahndirektion bekannt, die in letzter Zeit wegen Maßregelungen organisierter Arbeiter und Beamten recht unliebsam von sich reden machte. In dem Essener Speditions- und Fuhrbetrieb Gebr. Hoppe befinden sich die Fuhrleute und Kutscher seit über eine Woche im Streik. Die Bemühungen der Firma, Arbeitswillige zu bekommen, waren bisher wenig erfolgreich. Da griff die Eisenbahn der bestreikten Firma unter die Arme. Sie stellte Rottenarbeiter, die obendrein nicht einmal fahren konnten, zur Verfügung. Wie dieses bekundeten, seien sie gezwungen worden, diese Arbeit zu verrichten. Bei ihrer Weigerung wären sie zweifellos entlassen worden.

Zur Katastrophe auf Zeche Lothringen.

Der alte Bergarbeiterverband hielt gestern in Bochum und Dortmund eine Reihe von Bergarbeiterversammlungen ab, in denen die Redner über das Thema: Das Massenunglück auf Zeche Lothringen und der Bergarbeiterschutz sprachen. In der von mehreren Tausend Personen besuchten Versammlung im Bochumer Schützenhof wurden schwere Anschuldigungen gegen die Verwaltung der Zeche erhoben. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der unabhängige, stattlich besoldete Grubenkontrolleure verlangt werden, die von den Arbeitern mittels geheimer Wahl aus ihrer Mitte gewählt werden.

19. Ortskrankenkassentag.

Köln, 18. August.

Am Sonntag abend hielten die Delegierten des Krankenkassenkongresses eine Vorversammlung ab. Der große Saal des Gürzenich war vollständig gefüllt; die laut Präsenzliste anwesenden zirka 1000 Delegierte vertreten gegen 5 Millionen Versicherte.

Landtagsabgeordnete Fräßdorf-Dresden eröffnete die Versammlung und hieß die Erschienenen im Namen des Vorstandes des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen herzlich willkommen. Die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung wurde, abgesehen von einer geringfügigen Umstellung zweier Punkte, ohne Diskussion genehmigt. Debattelos erledigte sich auch die Annahme der Geschäftsordnung. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden Witti-München, Arbeitnehmervertreter, und Herr Zoller-Köln, Arbeitgebervertreter, gewählt — Fräßdorf-Dresden amtiert nach den Satzungen schon von vornherein mit als Vorsitzender —, als Schriftführer die Herren Preuß-Hamburg, Hof-Karlsruhe, Heider-Magdeburg, Stahl-Berlin. Nachdem Pitsch-Köln und Fräßdorf noch einige auf die Abwicklung des Programms bezügliche Mitteilungen gemacht, waren die vorbereitenden Arbeiten erledigt.

Kreistag

des Wahlkreises Sangerhausen-Eckartsberga.

Im Saale der Schweizerhütte zu Sangerhausen fand gestern die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Um 11¼ Uhr eröffnete der Kreisvorsitzende Genosse Hoff die Verhandlungen mit herzlichen Begrüßungsworten. Anwesend sind 21 Delegierte, der Zentralvorstand und sämtliche Mitglieder der Agitationskommission, der Bezirkssekretär Drescher, für das Agitationskomitee Schmidt, die Preßkommission Gerig und die Redaktion Kasparek-Halle.

Nachdem die Freien Sänger den Kreistag mit einem frisch vorgetragenen Kampfeslied begrüßt hatten, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Redner verwies auf den im Volksblatt zum Abdruck gelangten, leider etwas sehr kurz geratenen Bericht und hob hervor, daß auf allen Gebieten ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen sei. In ausführlicher Weise schilderte er dann den Reichstagswahlkampf. Nur in vier Orten standen der Partei Saallokale zur Verfügung, es wurden aber auch in den dunkelsten Ecken des Wahlkreises Wählerversammlungen abgehalten, so in Gehöften, Gärten, Stuben, und sogar trotz stürmischen Wetters unter freiem Himmel. Ueberall haben die Genossen fleißig gearbeitet, teils sogar mit Hintansetzung von Leben und Gesundheit. Mit der erzielten Stimmenzunahme könne man ohne weiteres zufrieden sein. Nicht befriedigen könne jedoch die Zunahme der Mitgliederzahl. Hier gelte es noch, erhebliche Arbeit zu leisten. Auf einer außerordentlichen Kreiskonferenz wurde die Umwandlung der Beitragszahlung in einen Wochenbeitrag von 10 Pf. beschlossen. Die Einführung des Wochenbeitrages hat nicht nur keinen Widerstand unter den Mitgliedern gefunden, sondern sie fand meist freudige Zustimmung. Mit dem Wunsche, daß der nächste Bericht noch besser ausfallen möge, schloß der Berichterstatter seine interessanten Ausführungen.

Zu dem ebenfalls bereits veröffentlichten Kassenbericht machte der Kreiskassierer Genosse Heymann noch einige Ergänzungen und bedauerte, daß diesmal die spezialisierte Kassenabrechnung nicht in der übersichtlichen Weise im Volksblatt abgedruckt worden sei. Da dies auf ein Versehen zurückzuführen ist, soll die Abrechnung hier nochmals folgen:

Einnahme:	Mk.	Ausgabe:	Mk.
Kassenbestand	665.83	Flugblätter, Drucksachen	1064.41
Eintrittsgeld	3.90	Agitation	293.75
Von den Filialen	1656.98	Delegation	94.70
Verlag des Volksblattes	50.00	Referate	44.00
Listen	35.35	Bezirksbeiträge	82.80
Maifonds	219.90	Zuschuß a. d. Filialen	25.00
Zinsen pro 1911/12	25.60	Hauptvorstand, Berlin	145.00
Insgemein	4.20	Bücher u. Zeitungen	24.75
		Strafe und Prozeßkosten	47.85
		Porto u. Schreibmaterial	39.40
		Inserate	42.40
		Maifonds	193.90
		Verwaltungskosten	120.00
		Sonstiges	32.50
		Kassenbestand a. 1./7. 1912	411.30
	2 661.76		2 661.76

In der Diskussion stellte Genosse Wicklein das auffällige Mißverhältnis zwischen den abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen und der Zahl der politisch Organisierten fest und bemerkte, daß in einzelnen Orten mehr getan werden müsse zur Gewinnung neuer Anhänger. Redner ging im Verlauf seiner Ausführungen noch ausführlich auf die Reichstagswahl ein und stellte an der Hand des Ziffernmaterials fest, daß die nationalliberale Partei durch die eigenartige Konstellation in den Besitz des Mandats geraten sei, obwohl sie eigentlich die schwächste Partei im Kreise sei. Es sei eine Ueberhebung sondergleichen, wenn das liberale Blatt nach der Wahl geschrieben habe, daß Jahrzehnte vergehen würden, ehe das „Blutpanier über dem Knffhäuser wehen“ würde. Die Konstellation werde aber nicht immer so bleiben. Den Nutzen aus den veränderten Umständen werde man nur ziehen können, wenn die Organisation nach jeder Richtung ausgebaut würde. Als bestes Mittel habe sich immer mehr die Hausagitation erwiesen. Die Genossen Haake, Strecker und Franzke, die sich gleichfalls an der Diskussion beteiligten, machten zum Bericht einige Richtigstellungen und geben weitere Winke, wie die Agitation zu betreiben sei. Auf Antrag des Genossen Haberland wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Das Thema: Agitation und Organisation behandelte sodann Genosse Drescher-Halle. Die Vorbedingung für die peinlich genaue Erledigung der Wahlarbeiten sei, in möglichst allen Orten des Kreises Stützpunkte zu haben, von denen aus die Agitation wirksam betrieben werden könne. Die Mitglieder der kleinen Orte müßten oft zusammenkommen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Selbstverständlich müßten die Genossen sich auch jederzeit der Kreisleitung zur Verbreitung von Flugblättern zur Verfügung stellen. Auch die regelmäßige Hausagitation sei — natürlich in anderer Form als in größeren Orten — dringend zu empfehlen. Daß für die Partei im Kreise große Sympathien vorhanden sei, beweise ja am besten der Ausfall der Reichstagswahl. Des Sonntags müßten die Genossen der kleinen Orte Fußwanderungen nach den benachbarten Filialen unternehmen, um neue Verbindungen anzuknüpfen. Die Versammlungsmöglichkeit, die während der Reichstagswahl ziemlich erfreulich war, müsse beibehalten werden. Eine Neuerung sei die vom Bezirk herausgegebene, besonders für die ländlichen Orte bestimmte Agitationsschrift: Der Stadt- und Landbote. Diese in bestimmten Zwischenräumen erscheinende Flugschrift und auch der Volkskalender müßten gut verbreitet werden. Größere Aufmerksamkeit müsse der Gewinnung der Frauen für die politische Organisation zugewendet werden. Wenn es nicht möglich sei, besondere Versammlungen für die Genossinnen zu arrangieren, dann müsse darnach getrachtet werden, die Frauen für unser Versammlungs- und damit Parteileben zu interessieren. Man solle nicht alles Heil von der Kreisleitung erwarten, sondern nach Kräften selbständig arbeiten. Wenn so jeder Genosse und jede Genossin ihre Schuldigkeit tun, dann werde der Neid der Gegner über unsere prächtige Organisation noch größer werden.

Genosse Barth-Artern sprach den Wunsch aus, den Landboten so auszugestalten, daß auch das Kleinbürgertum gern nach dieser Lektüre greife. — Genosse Wicklein schilderte die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der Agitation überall entgegentürmen. An Opferwilligkeit leisten die Genossen Sangerhausens geradezu mustergültiges. Sollte aber noch mehr getan werden, dann müßten auf irgend eine Weise noch weit größere Mittel flüssig gemacht werden. — Genosse Löffler-Wallhausen klagte lebhaft über den Mangel an Hilfskräften, die zur Verbreitung des Agitationsmaterials nötig seien. —

Der als Gast anwesende Geschäftsführer des Nordhäuser Parteiblattes, Genosse Wiehle, wies auf die brillanten Erfolge im Kreise Nordhausen hin und betonte mit Nachdruck die Wichtigkeit der Kleinarbeit durch die Verbreitung des Landboten. Wenn die Flugschrift in derselben Weise mehrere Jahre hindurch peinlich genau verbreitet würde, dann werde man bei der nächsten Wahl über das Resultat erstaunt sein. — Genosse Böhlert-Miesdet empfahl, kleinere Arbeitsdistrikte einzurichten, dann würde die Agitationsarbeit wesentlich besser geleistet. — Genosse Hoff gab ebenfalls einige wertvolle Winke für die Kleinarbeit und versprach, daß die Kreisleitung alles tun werde, um die Organisation zu fördern.

Ueber den Parteitag in Chemnitz referierte der Kandidat des Kreises, Genosse Wicklein-Nordhausen. Es sei anzuerkennen, so führte der Redner aus, daß der Parteivorstand auf die Tagesordnung des diesmaligen Parteitags den Punkt: „Imperialismus“ gesetzt habe, um zu ergründen, inwieweit diese Frage für die Arbeiterbewegung und den Sozialismus von Bedeutung sei. Dieses Thema beanspruche die größte Beachtung. In ausführlicher Weise verbreitete sich der Redner sodann über das Wesen des Imperialismus und die Rolle, die Deutschland bei dieser Frage spielt. Es sei notwendig, daß der Parteitag diese imperialistische Gefahr eingehend besprechen und Mittel und Wege finde, wie in Zukunft die Aufklärung unter den Volksmassen zu betreiben sei. Es handle sich hier um das Sein oder Nichtsein nicht nur der deutschen sozialdemokratischen Partei, sondern der sozialistischen Internationale überhaupt. Zum Punkt Reorganisation des Parteivorstandes bemerkte Redner, daß der vorgeschlagene Parteiausschuß einschließlich des Parteivorstandes allein schon einen kleinen Parteitag darstelle. Ob diese neue Einrichtung aber dem Parteivorstand die so notwendige Schlagkraft und schnelle Entschließung gebe, müsse füglich bezweifelt werden. Genosse Wicklein stellte sich auf den Standpunkt, daß der Parteivorstand um sieben oder neun unbesoldete Vorstandsmitglieder, die aus dem ganzen Reiche genommen werden müßten, zu ergänzen sei. Die Redakteur- und Bezirkssekretär-Konferenzen seien beizubehalten. Wir hatten ein Interesse daran, den Berliner Genossen nicht gar zu großen Einfluß auf die Entschließungen des Parteivorstandes einzuräumen. Was das Vertretungsrecht der Reichstags-Fraktion anlangt, vertritt Redner den Standpunkt, daß die Fraktion in ihrer vollen Stärke wie bisher zuzulassen, den Abgeordneten aber das Stimmrecht zu nehmen sei. Ganz entschieden müsse man sich aber dagegen wenden, wenn man der Kontrollkommission ihre bisherigen Rechte beschneiden wolle. In ausführlicher Weise beschäftigte sich der Redner sodann mit dem Stichwahlabkommen, das zwar keine so große Verletzung der Prinzipien bedeute, aber eine scharfe Verurteilung wegen der berühmten „Dämpfung“ verdiene. Wenn solche Methoden im Wahlkampfe etwa Usus werden sollten, dann würde die Opferfreudigkeit der tätigen Genossen tief erschüttert. Hier müsse dem Parteivorstand gesagt werden, daß er mit seiner Kompromißlerei der Partei keinen guten Dienst geleistet habe. Bei der Besprechung des Punktes Maifeier führte Genosse Wicklein aus, daß der Antrag 90 des Nürnberger Parteitages (Ablieferung des Tagesverdienstes am 1. Mai) ein Ausnahmegesetz gegen diejenigen Genossen bedeute, die das Glück haben, in Betrieben der modernen Arbeiterbewegung beschäftigt zu sein. Der Parteitag in Chemnitz werde also tüchtige Arbeit zu leisten haben. Zum Schluß legte der Referent folgende drei Resolutionen als Extrakt seiner Ausführungen vor und ersuchte die Delegierten, denselben zuzustimmen:

Der Kreistag des Wahlkreises Sangerhausen-Eckartsberga beschließt:

„Die Entwickelung der deutschen und der weltpolitischen Verhältnisse kann zu jeder Zeit ein planmäßiges Eingreifen der organisierten Arbeiterklasse notwendig machen. Deshalb ist es dringend notwendig, die Entschluß- und Handlungsfähigkeit des Parteivorstandes zu verstärken. Der von der Reorganisations-Kommission vorgeschlagene Parteiausschuß ist aber hierzu nicht geeignet. Die Kreis-Generalversammlung ersucht daher den Parteitag in Chemnitz:

1. diesen Vorschlag der Reorganisations-Kommission abzulehnen;
2. den Parteivorstand um mindestens sechs und höchstens neun nichtberechtigte, unbesoldete Besitzer zu verstärken, die:
   a) vom Parteitag aus den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands zu wählen;
   b) zur Beratung politischer Fragen heranzuziehen sind und zwar mindestens einmal monatlich;
   c) mit Dreiviertel-Mehrheit beschließen dürfen, Sitzungen des Parteivorstandes außerhalb Berlins stattfinden zu lassen.“

Der Kreistag beschließt ferner:

„Das Stichwahlabkommen vom Januar 1912 war geeignet, die Führung eines prinzipiellen Wahlkampfes für die Zukunft zu erschweren und das Vertrauen der Parteigenossen zu erschüttern. Die Generalversammlung bedauert deshalb dieses Abkommen und erwartet, daß sich derartige Abmachungen nicht wiederholen. Sie ersucht den Parteitag, seinen Willen in dieser Richtung zum Ausdruck zu bringen.“

Die dritte Resolution lautete:

„Die Annahme des Nürnberger und Jenaer Antrages zur Maifeier sieht in dem Antrage 90 des Nürnberger Parteitages und dem Antrage 30 des Jenaer Parteitages weder ein Mittel zur Belebung des Maifeiergedankens, noch ein Mittel zur Hebung der Agitationstätigkeit der Genossen.

Aus diesen Gründen ersucht die Generalversammlung des Wahlkreises Sangerhausen-Eckartsberga den Parteitag, beide Anträge aufzuheben.“

Genosse Drescher legte kurz die Motive klar, die zur Annahme des Antrages 90 auf dem Nürnberger Parteitag führten. Das Stichwahlabkommen war ein Novum und deshalb sei es erklärlich, wenn dabei Fehler unterlaufen seien. Ueber den Parteiausschluß könne man geteilter Meinung sein, jedenfalls dürfe man den Vorschlag nicht so ohne weiteres ablehnen. — Genosse Elster sprach sich gegen die letzte Resolution, betr. die Maifeier, aus und ersuchte um deren Ablehnung. — Genosse Schröder-Sangerhausen trat gleichfalls für Annahme der Resolution 3 ein, weil der Nürnberger Beschluß in der Praxis undurchführbar sei, während Löffler-Wallhausen die Meinung vertrat, daß diejenigen Genossen, die am 1. Mai feiern und ihren Lohn weiterbezahlen, ruhig ein kleines Opfer bringen können. — Franke-Sangerhausen erklärte sich gegen die Außerkraftsetzung des Nürnberger Beschlusses, weil er ein Freund der Maifeier sei. Es gehe nicht an, eine Extrawurst für diejenigen Genossen zu braten, die gegen die Parteidisziplin verstoßen. — Im Schlußwort suchte Genosse Wicklein die in der Debatte gegen die letzte Resolution vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen und betonte nochmals, daß die Partei nur Beschlüsse fassen dürfe, die für alle Mitglieder Geltung haben. Wegen solchen kleinen Einnahmen dürfe man nicht die Geschlossenheit der Partei in Frage stellen.

Bei der Abstimmung wurden die ersten beiden Resolutionen einstimmig angenommen, die letzte Resolution betr. Maifeierfonds jedoch nahezu einmütig abgelehnt.

Ueber den Preußentag referierte Genosse Gröbel, der besonders auf die im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen und auf die Weiterführung des Wahlrechtskampfes verwies. Für beide Aufgaben werde der preußische Parteitag wichtige Arbeit zu leisten und Beschlüsse zu fassen haben. Deshalb sei auch eine Beschickung des Preußentages zu empfehlen. Zum Preußentag wurde Genosse Hoff, zum Chemnitzer Parteitag Genosse Wicklein delegiert. Zur Vertretung auf dem Bezirkstage empfahl Genosse Haberland, daß der Ort Sangerhausen zwei Delegierte und die Orte Artern, Kelbra und Eckartsberga je einen Delegierten wählen sollen.

Ueber den Punkt Presse referierte Genosse Gerig. Das Volksblatt habe im letzten Geschäftsjahr sehr gute Fortschritte gemacht, namentlich auch im Sangerhäuser Kreise. Solle das Blatt noch weiter ausgebaut und besonders der unterhaltende Teil vergrößert werden, dann werde eine Erhöhung des Abonnementsbetrags von 60 auf 70 Pf. nicht zu umgehen sein. Wenn auch 314 Abonnenten gewonnen worden seien, so müsse doch noch weit mehr zur Gewinnung neuer Streiter getan werden. — Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um geschäftliche Angelegenheiten sowie um die Zustellung des Volksblattes. Wesentliche Beschwerden über das Volksblatt wurden nicht vorgebracht. Genosse Kasparek ersuchte die Delegierten, die Redaktion mehr als bisher durch Berichte zu unterstützen.

Der Kreisvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung per Akklamation einstimmig wiedergewählt.

Im Punkte Verschiedenes sprach Genosse Elster-Sangerhausen über die Wichtigkeit der Landarbeiterorganisation und ersuchte die Genossen, nach Kräften für die Stärkung dieser Organisation zu sorgen. — Genosse Kasparek wies dann noch auf die proletarische Jugendbewegung hin und ersuchte, daß auch auf diesem Gebiete mehr getan werden möge. — Genosse Löffler sprach den Wunsch aus, daß in Zukunft die Vertrauensleute wieder ein Stimmungsbild über die Bewegung am Orte geben möchten.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden fand der Kreistag mit einem Hoch auf die Partei sein Ende.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 19. August 1912.

Stadtverordnetenwählerlisten liegen aus!

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats liegt die berichtigte Liste der hiesigen stimmfähigen Bürger vom **1. bis einschließlich 15. September 1912** während der Dienststunden (vormittags 8 bis 1 Uhr und nachmittags 3 bis 6 Uhr, Sonnabends vormittags 8 bis 2 Uhr nachmittags) im städtischen Bureau VIII, Großer Berlin Nr. 11, Zimmer Nr. 4 — früheres Eich- und Wagenamtsgebäude — zur Einsicht aus.

Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste kann von jedem Mitgliede der Stadtgemeinde innerhalb der bezeichneten Frist im genannten Bureau schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Es ist dringend nötig, daß sich jeder Arbeiter davon überzeugt, ob er in der Wählerliste eingezeichnet ist. Bekanntlich pflegen namentlich die stimmberechtigten Proletarier häufig in den Listen vergessen zu werden, weshalb sie ganz besonders eingehend kontrollieren müssen.

Wenn auch in diesem Jahre Stadtverordnetenwahlen nicht stattfinden, so ist trotzdem nötig, daß die wahlberechtigten Arbeiter sich von der Richtigkeit der Liste überzeugen. Dadurch können schon jetzt Scherereien wegen Aufnahme in die Wählerliste erledigt werden, die sonst bei der allgemeinen Einsichtnahme störend wirken.

Also: Seht die Liste ein! **Wer nicht in der Wählerliste eingetragen ist, verliert sein Wahlrecht!**

Kommunale Apotheken.

Das sozialdemokratische Kommunalprogramm fordert von den Gemeinden u. a. auch eine energische Betätigung auf dem Gebiete der Gesundheitspflege. Deshalb erhebt das Programm eine Reihe Forderungen, die einmal der Erhaltung der Gesundheit, dann aber der Bekämpfung der Krankheiten dienen, und unter den vorbeugenden Maßnahmen befindet sich auch die Forderung auf Uebernahme der Apotheken in den Gemeindebetrieb. In Nr. 31 der Kommunalen Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, finden wir nun einen interessanten Aufsatz von Oskar Riedel, der über die Forderung der Kommunalisierung der Apotheken die nachstehenden beachtenswerten Ausführungen macht:

Auf dem großen Gebiete des Gesundheitswesens nimmt die Krankenfürsorge einen außerordentlich breiten Raum ein. In den letzten Jahren ist nun in Staat und Kommune, oftmals nur gezwungenermaßen, hinsichtlich der Behandlung und Verpflegung Erkrankter mancher Fortschritt gemacht worden. Einer aber ebenso wichtigen Frage, dem Apothekenwesen, hat man im allgemeinen sehr wenig Beachtung geschenkt. Und doch ist zweifelsohne dieser Handelsbetrieb so innig mit dem Gesundheitswesen verbunden, daß es Aufgabe der Gemeinde wäre, auch hier eine Uebernahme in eigene Regie herbeizuführen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120820-14/fragment/page=0006

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist die Errichtung von Apotheken an eine staatlicherseits zu verleihende Konzession gebunden, wie auch ebenso auf Grund der Apothekerverordnungen die staatspolizeiliche Beaufsichtigung vorgesehen ist. Die gesetzlichen Bestimmungen hindern die Gemeinden keineswegs, selbst neue Apotheken zu errichten oder bestehende zu übernehmen. Dazu zwingt vielmehr von Rechts wegen schon die den staatlichen und kommunalen Organen obliegende Verpflichtung der weitgehendsten allgemeinen öffentlichen Gesundheitspflege. Hinzu tritt aber auch, daß es im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt liegt, solche Handelsbetriebe in eigener Verwaltung zu haben, damit man nur Mindestsätze für Medizin und Medikamente in Ansatz zu bringen braucht. Dieses erscheint schon um deswillen notwendig, als gerade in Krankheitsfällen neben dem Lohnausfall noch sonst außerordentlich hohe Aufwendungen sich notwendig machen, die in den meisten Fällen von dem Erkrankten oder dessen Angehörigen nur schwer, oftmals erst unter großen Entbehrungen, getragen werden können. Sehen wir aber selbst hiervon ab, so liegt auch dann noch ein Anlaß vor, der Kommunalisierung der Apotheken das Wort zu reden.

Eine Erhebung der Zentralstelle des Deutschen Städtetages gestattet uns eine Uebersicht über diesen Gegenstand. Hiernach haben nur fünf der Verbandsstädte allgemeine öffentliche Apotheken, und zwar Breslau, Hannover, Mainz, Offenbach und Worms. Außerdem befindet sich noch Freiberg i. S. im Besitz einer solchen. Ganz in eigener Regie werden jedoch nur die Apotheken in Breslau und Hannover betrieben, während sie in den anderen Städten verpachtet sind. Diese Verpachtung kann nun keineswegs als gesunder Zustand angesehen werden. Trachtet doch der Pächter auch wieder danach, eine gute Erwerbsquelle zu haben, was dazu führt, daß die Stadt, also die Allgemeinheit, um diese Beträge in ihren Einnahmen geschädigt wird. Ist schon die Stadt Besitzerin, so kann sie ebensogut auch selbst die Verwaltung übernehmen. Inwiefern solches sich als Vorteil erweist, ergibt die Rentabilitätsaufstellung von Breslau. Hier wurden an Ueberschüssen erzielt: 1908 35 900 Mk., 1909 36 000 Mark, 1910 41 000 Mk. Diese Ziffern zeigen, daß der Verkauf von Medikamenten immerhin noch ein einträgliches Geschäft ist. Wesentlich geringer gestaltete sich selbstverständlich die Einnahme der Stadtgemeinden dort, wo die Apotheken verpachtet sind.

Für eine vollwertige Beweisführung der von uns vertretenen Forderung auf Uebernahme in eigene Regie sprechen aber die Ergebnisse der Rentabilität der städtischen Krankenhausapotheken. Obgleich sich auch hierüber umfassende Statistiken nicht vorfinden, sind doch die vorhandenen Ueberschüsse zu einem Urteil ausreichend. So finden wir, daß Düsseldorf durch Unterhalt dieser eigenen Krankenhausapotheken eine Ersparnis (einschließlich Gehälter, Amortisation und Verzinsung des Anlagekapitals) von 35 bis 40 Prozent erzielen konnte. Und nach den Ergebnissen in Frankfurt a. M. betrugen vor der Errichtung einer eigenen Apotheke die Arzneikosten für jeden Kost- und Verpflegungstag im Durchschnitt 27 Pf. Unter dem Eigenbetrieb bewegen sie sich in den verschiedenen Jahren zwischen 14 bis 18 Pf., was dem Ergebnis in Düsseldorf gleichkommt.

Es steht nach diesem außer Zweifel, daß es im Interesse der Stadtverwaltungen und der Gesamtbevölkerung liegt, solche Einrichtungen zu schaffen. Ein großer Teil deutscher Städte hat der Errichtung von Krankenhausapotheken ja auch bereits entsprochen. Im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, Jahrgang 17, finden wir bereits, daß von 101 in die Erhebung einbezogenen Krankenheilanstalten 52 Apotheken besitzen, in drei weiteren Stadtgemeinden für mehrere Anstalten gemeinsame Einrichtungen dieser Art bestehen, daß hingegen 42 städtische Anstalten, die sich teilweise in großen Städten befinden, sich diese Einrichtung noch nicht zunutze gemacht haben.

Die Notwendigkeit der Krankenhausapotheken kann nach der vorstehenden Beweisführung nicht mehr geleugnet werden. Nicht minder aber ist auch die Verstaatlichung oder die Kommunalisierung aller Apotheken ein Gebot, dem im Interesse der leidenden Menschheit und damit der Allgemeinheit entsprochen werden sollte.

Die Verschmelzung der Halleschen Krankenkassen.

Vorige Woche tagte eine vom hiesigen Krankenkassenverband einberufene Versammlung einer Anzahl Ortskrankenkassenvorstände, die abermals zu der Frage der Verschmelzung der hiesigen Ortskrankenkassen Stellung nahm. Es wurde u. a. beschlossen, eine große öffentliche Versammlung abzuhalten, um auch die Versicherten über die Angelegenheit aufzuklären und sie für die Unterstützung der Absichten zu gewinnen. Die Versammlung soll Mittwoch, den 28. August, in den Thalia-Festsälen stattfinden. Es wird jetzt schon um einen regen Besuch der Veranstaltung gebeten.

---

* **Achtung, Gewerkschaften!** Um mit dem vom Bildungs-Ausschusse veranstalteten Zyklus über die Einführung in die Biologie einen Erfolg zu erzielen, ist es notwendig, daß recht viele Genossen für die Beteiligung an den Vorträgen gewonnen werden. Es ist nun vom Tabezierer-Verband ein recht nachahmenswerter Beschluß gefaßt worden. Die Gewerkschaft beschloß, die Hälfte des Eintrittsgeldes auf die Kasse zu übernehmen, sodaß nur noch für alle sechs Vorträge 50 Pfg. von den Mitgliedern zu zahlen sind. Dieser Beschluß ist allen Gewerkschaften nur angelegentlichst zur Nachahmung zu empfehlen. Karten sind noch reichlich vorhanden. Aber auch für jeden einzelnen sollte der Eintrittspreis von 1 Mk. für alle sechs Vorträge nicht abschreckend sein, kommen doch auf einen Vortrag keine 17 Pfg. Auf verschiedene Anfragen hin, sei noch mitgeteilt, daß selbstverständlich auch erwachsene Mädchen und Frauen am Vortragszyklus teilnehmen können. Eintrittskarten sind gegen Mitgliedsbuch in allen Gewerkschaftsbureaus, dem Partei- und Arbeitersekretariat, sowie in der Volksbuchhandlung und allen Filialen des Konsumvereins zu haben. Die Vorträge beginnen Montag, den 26. August. Da nur eine beschränkte Zahl Teilnehmer zugelassen werden, wolle sich jeder Interessent baldigst mit einer Karte versehen.

* **Die Gewerbegerichtsbeisitzer** halten ihre nächste Monatssitzung am Mittwoch, den 21. August bei Streicher ab.

* **Das letzte Dienstags-Konzert** im Volkspark findet morgen, Dienstag, den 20. August, als Paul Linke-Abend statt. Kapellmeister Engelmann hat ein sehr reichhaltiges Programm zusammengestellt, und wird die Arbeiterschaft ersucht, dieses letzte Konzert zahlreich zu besuchen. Bei günstigem Wetter findet das Konzert im Garten statt. Zu gunsten der Lichtbildervorträge, die vom Bildungsausschuß drei Wochen hintereinander Dienstags stattfinden, werden die Konzerte eingestellt. Am Freitag, den 30. August, findet im Garten noch ein großer Liederabend, ausgeführt vom Arbeiter-Sängerchor statt, worauf wir schon heute hinweisen wollen.

* **Vom großen Magen der Kirche.** Die Nachfolger des Nazareners, ob gescheitelt oder geschoren, haben für den so „verhaßten" Mammon eine besondere Vorliebe. Nicht nur, daß sie selbst mit irdischen Gütern reichlich bedacht sind, streben sie außerdem danach, den Kirchenkassen fortgesetzt aus den Steuern der Gläubigen Einnahmen zuzuführen. Vernünftigerweise hat sich ein Teil der Menschheit durch den Austritt aus der Landeskirche von dem Zahlen der Kirchensteuern befreit. Aber die christliche Bescheidenheit kann es nicht unterlassen, auch bei den Abtrünnigen zu versuchen, ein Scherflein zu erwischen. Uns wird ein Fall mitgeteilt, wo einem Manne, der schon 1900 der Kirche den Rücken gekehrt hat, schon zum zweiten Male Kirchensteuern abgeholt wurden. Im August 1911 wurden die Kirchensteuern zu Unrecht von dem Abtrünnigen erhoben. Auf die sofortige Reklamation bekam der Mann keinen Bescheid. Deshalb sah er sich veranlaßt, im Dezember zum zweiten Male zu reklamieren. Endlich, nach vielen unnützen Schreereien wurde dem ungeratenen Sohne im März 1912 sein zu Unrecht gezahltes Geld wieder zurückerstattet. Wie erstaunt war er aber, als er in der vorigen Woche vernahm, daß die Brüder in Christo noch immer sein Geld haben wollen, denn dem Ungläubigen wurden zum zweiten Male die Steuern zu Unrecht abgenommen.

Dieser Vorgang spricht für sich selbst. Wir können die Buchführung der Kirchengemeinde nicht, meinen aber, wenn man genau Obacht geben würde, dann könnte so etwas nicht zum zweiten Male bei ein und derselben Person vorkommen. Wenn auch irren menschlich ist, so hat ein so belästigter ungläubiger Thomas nicht immer das rechte Verständnis für das „Irren" der Kirchenkassenbeamten. Sind etwa die treuen Schäflein nicht mehr opferwillig genug, daß man das Geld der Bücke haben will? Diese christliche Bescheidenheit sollte doch jedem die Augen öffnen, damit die Reihen derjenigen immer stärker werden, die auf den „Trost" verzichten.

* **Der außerordentliche Provinzial-Landtag,** der am 25. Aug. in Halle im Sitzungssaale der Landwirtschaftskammer tagt, hat nun doch noch ein klein wenig mehr zu tun bekommen, als Geld für den Kaiserbesuch zu bewilligen, was anfangs seine einzige Aufgabe war. Der „Landtag" wird sich neben der Vornahme einiger Wahlen mit der Ausgestaltung der neuen Landes-Erziehungsanstalt für schulentlassene männliche Fürsorgezöglinge in Burg b. Magdeburg zu befassen haben. Die Tagung wird voraussichtlich nur zwei Tage in Anspruch nehmen.

* **Der Rückgang der Meldungen für den Lehrerberuf** macht der Halleschen Zeitung schwere Kopfschmerzen. Sie läßt nachfolgenden tiefgefühlten Klageruf los:

„Eine sehr bemerkenswerte Erscheinung hat man in der jüngsten Zeit bei den Aufnahmeprüfungen für die Präparandenanstalten beobachten können. Die Zahl der Bewerber für den Lehrerberuf hat sich stark vermindert, an verschiedenen Anstalten ist sie ganz bedeutend zurückgegangen. Das ist um so mehr zu verwundern, als noch vor wenigen Jahren der Zudrang sehr groß war. Auch im Kultusministerium schenkt man dieser sehr auffälligen Entwicklung der Dinge die größte Beachtung. Der Kultusminister hat die Direktoren der Lehrerseminare zum Bericht über diese Angelegenheit aufgefordert; er wünscht die Ursachen dieses Zurückgehens der Zahl der Bewerber für die Lehrerlaufbahn zu erfahren, offenbar deshalb, um rechtzeitig Maßnahmen gegen diese auffallende Erscheinung ins Auge zu fassen. Man kann sich des schnellen Eingreifens der Unterrichtsverwaltung nur freuen. Denn eine weitere Abnahme der Zahl derer, die sich dem Lehrerberuf widmen wollen, würde jedenfalls manche andere bedenkliche Erscheinungen im Gefolge haben."

Wir können der Halleschen und ihrem Kultusminister schon bevor die Untersuchung begonnen hat, ein Mittel angeben, durch das zahlreiche intelligente Personen zum Lehreramt herangezogen werden. Vor allem behandele man die Lehrer nicht mehr als willenlose Werkzeuge zur Heranbildung allergetreuester gottesfürchtiger Untertanen des Klassenstaates. Man achte die Lehrer als freie Staatsbürger und selbständige Jugendbildner, dann werden sich bei anständiger Bezahlung genügend tüchtige Leute finden.

* **Ertappte Wilderer.** Am Freitag faßten Nielleber Jäger am Gelände der Kohlenbahn unweit des Krölwitz-Nielleber Weges zwei polnische Arbeiter vom Stadtgut Gimritz beim Wildern ab. Die Polen taten so, als ob sie Blumen suchten, und dabei wurde unter ihren Röcken ein erbeuteter Hase und ein Fasan bemerkt. Schon vorigen Sonntag wurden in der Gegend dier Leute beim Wildern beobachtet. Schlingen und Gewehre wurden nicht gefunden, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß derartige Werkzeuge unter den noch stehenden Getreidemandeln versteckt liegen. Die beiden Wilderer wurden zur näheren Untersuchung nach Halle befördert.

* **Von der Straße.** Ein Straßenkehrer verprügelte in der Gr. Klausstraße seine Frau, wodurch ein größerer Auflauf entstand. — Eine Frau kam gestern beim Abspringen von einem in Fahrt befindlichen Motorwagen auf dem Markt zu Fall, ohne sich jedoch zu verletzen. — Ein Heizer, der mit einer Pistole in seinem an der Johannesstraße belegenen Schrebergarten nach Sperlingen schoß, traf einen Arbeiter und verletzte ihn am Unterschenkel. — Eine Schlägerei entstand gestern abend auf der Alten Promenade zwischen einem Kaufmann und einem Schmied, wobei ersterer erheblich verletzt und nach der Klinik gebracht werden mußte. — Eine alte Frau wurde in der Geiststraße von einem Radfahrer umgefahren, wobei sie einen Oberschenkelbruch erlitt. Nach einer Zeugenaussage soll dem Radler keine Schuld treffen. — Von einem unerkannt entkommenen Postbeamten wurde in der Triftstraße eine Frau mit dem Rade umgefahren, wobei sie erheblich verletzt wurde. Die Schuld soll den Beamten treffen. — Ein Arbeiter wurde in der Berliner Straße von einem Fleischerwagen überfahren und mußte, da er Verletzungen an Brust und Beinen erlitten hatte, der Klinik zugeführt werden.

* **Diebstähle.** Ein Diebstahl wurde gestern nachmittag in einem Geschäft in der Burgstraße verübt, bei welchem dem noch unbekannten Täter 6 Mark bares Geld in die Hände fiel. Von einem jüdisch des Galgenberges gelegenen Kartoffelacker wurde ein halber Zentner Kartoffeln von einem noch unermittelten Täter gestohlen. — Einer Frau wurde auf dem Wochenmarkte eine Börse mit 3 Mk. Inhalt von einem noch unermittelten Täter gestohlen.

* **Ein Messerheld.** Zwischen zwei Arbeitern entstand heute vormittag in der Merseburger Straße ein Wortwechsel, wobei der eine ein Messer zog und seinen Gegner derartig schwer verletzte, daß der Verwundete in die Klinik gebracht werden mußte. Der Messerheld wurde von zwei Polizeibeamten festgenommen.

* **Ein Klemmer** ist im Saale des Volksparks am Sonntag abend gefunden worden. Er ist im Volkspark-Kontor abzuholen.

Könnern. Zum 900jährigen Bestehen. Die Stadt Könnern blickt in diesem Jahre auf ein 900jähriges Bestehen zurück. Da die Stadtverwaltung von einer offiziellen Feier Abstand genommen hat, wird das geschichtliche Ereignis in aller Stille an der Einwohnerschaft vorübergehen. Wir wollen deshalb versuchen, unsern Lesern in einigen Aufsätzen die Geschichte der Stadt in kurzen Zügen vor Augen zu führen. Den Entstehung der Stadt ist zwar in tiefes Dunkel gehüllt, da jede Aufzeichnung fehlt; sie kann deshalb nur auf Vermutung beruhen. Nach den geschichtlichen Ueberlieferungen gab es in den ersten Jahrhunderten unserer heutigen Zeitrechnung noch keine seßhaften Menschen. Ihr Nahrungszweig bestand nur aus Viehzucht. Hatten die Viehherden einen Länderstrich abgegrast, ging es weiter, und so sehen wir, daß sich von Osten her ein unaufhörlicher Menschenstrom über das heutige Europa ergoß. Handelte es sich um einen Länderstrich, der den Viehherden reichlich Nahrung bot, so mußte dieser erst erkämpft werden, denn die jeweiligen Insassen ließen sich nicht so leicht verdrängen. Ein solches fruchtbares Gebiet ist der Länderstrich zwischen Saale und Elbe zweifellos schon früher gewesen, es müssen also hier zwischen den wandernden Völkerstämmen schwere Kämpfe stattgefunden haben. Gleichzeitig muß aber die Menschheit auch hier am ersten seßhaft geworden sein. Um sich den Besitz nicht wieder streitig machen zu lassen, wurden Burgen gebaut, von denen aus das umliegende Land beherrscht wurde. Wie an der ganzen Saale entlang hat auch an Stelle des heutigen Könnern eine Burg gestanden, die diesem Zweck diente. Diese Burg soll der Kaiser Henricius II. im Anfang des 11. Jahrhunderts dem Erzstift Magdeburg geschenkt haben. Das erste geschichtliche Dokument stammt aus dem Jahre 1012. Der Magdeburger Domprobst Waltbardi Körber war im Sommer dieses Jahres in Halle gestorben. Bei der Ueberführung der Leiche nach Magdeburg hat die Trauergesellschaft auch in der Burg Conitz übernachtet. Woher der Name stammt, ist zweifelhaft, wahrscheinlich ist er aus dem Polnischen übertragen. Daß diese Burg damals noch allein stand, ist nicht anzunehmen, vielmehr liegt die Vermutung nahe, daß zu jener Zeit bereits eine Anzahl Hütten um dieselbe herum lagen. Wahrscheinlich ist auch zu jener Zeit der Ort mit Mauer und Graben umgeben worden, um den anstürmenden Feinden ein Halt zu bieten. Die Burginsassen mögen ihren Namen von der Burg abgeleitet haben, denn im 12. und 13. Jahrhundert hat auf der Burg ein Geschlecht von Conre geherrscht.

Im 12. Jahrhundert spielte auch der Magdeburger Erzbischof Wichmann hier eine Rolle. Er ließ sich auf dem heutigen Neumarkt eine Burg bauen, wo er auch im Jahre 1192 gestorben ist. Er soll ein sehr kriegerischer Mann gewesen sein. Er war also ein Freund von Sengen, Rauben und Morden, was ja zu seinem Berufe als Erzpriester sehr gut paßte. In dem darauffolgenden Jahrhundert ist Könnern verschiedentlich verpfändet gewesen. Die damaligen „Landesväter" waren infolge ihrer wüsten Lebensweise dauernd in Geldverlegenheit und so kam es öfter vor, daß sie ein Stück Land verpfändeten, um das dafür erhaltene Geld mit Maitressen und im wüsten Spiel zu verprassen. Das arme Volk war dabei natürlich immer der Leidtragende, und was die Fürsten nicht an Steuern herauspreßten, raubten die Ritter den Bauern und Handelsleuten mit Gewalt. Die Stadt, wenn man den Ort so nennen darf, mag um jene Zeit einen traurigen Anblick gewährt haben, denn die Häuser waren ausschließlich mit Stroh gedeckte Lehmhütten. Die Gassen waren eng, winklig und ungepflastert. Dazu kam noch, daß jeder seinen Dünger und Abfall vor dem Hause lagerte. Bei Regenzeiten mag ein solcher Ort eine einzige große Mist- und Jauchegrube gewesen sein. Die Umgegend der Stadt bot zu jener Zeit auch ein ganz anderes Bild. Zum erheblichen Teil sind die heutigen Fluren mit Wald bestanden gewesen, niedriger gelegene Stellen mögen undurchdringliche Sümpfe gewesen sein. Doch Not und Erwerbssinn brachten es nach und nach mit sich, daß der Boden immer mehr urbar gemacht und der Kultur zugeführt wurde.

Bruckdorf. Die Gemeindevertreter wählten in ihrer letzten geheimen Sitzung den bisherigen Gemeindevorsteher wieder. Zum Schöffen wurde Herr Große gewählt. In die Einkommensteuerabschätzungskommission wurden gewählt: Fehse, Bermemann und Petermann, als Stellvertreter: Holzkämpfer, Schaaf und Strake. Die Kündigung des Nachtwächters wurde vorläufig zurückgezogen. Da sein Vergehen nur geringfügig war, soll der Landrat ersucht werden, Nachsicht auf den Mann zu nehmen und ihm eventuell nur eine Verweis zu erteilen.

Aus der Provinz.

Prügel für die Wahrheit.

Was zu erwarten war, ist eingetroffen. Für den von uns gebührend gewürdigten Abdruck des Notschreis des am Hungertuche nagenden Patrioten bekommt das Eisleber Tageblatt von den Agrariern seine Prügel. Natürlich wird die Teuerung auf die Dürre und die angebliche Mißernte des Vorjahres zurückgeführt. Es soll heute nicht unsere Aufgabe sein, das beliebte Agrarier-Steckenpferd näher zu betrachten, sondern dem Notschrei, der Aufrechnung des hungernden Patrioten im Tageblatt wollen wir einige Zeilen widmen. Eins müssen wir gleich im voraus sagen: bescheiden — wie es von einem wahren Patrioten verlangt wird — ist der Mann. Für die Wohnung hat er nämlich 180 Mark in Rechnung gebracht. Da er sein Monatseinkommen auf 100 Mark beziffert, so gibt er für Miete annähernd den sechsten Teil seines Einkommens aus. Man darf aber nicht etwa denken, daß ihn der Standesdünkel zu dieser hohen Ausgabe zwingt. Nein! Die hohen Mietpreise, deren sich die Eisleber Bevölkerung erfreut, zwingen den Mann zu der hohen Ausgabe. Dabei ist eine Wohnung für 180 Mark jährlich nicht etwa was feines. Trotz des niedrigen Einkommens sorgt der Hungerleider für eine „standesgemäße" Schulbildung. Für Schulgeld muß er monatlich 4 Mark ausgeben. Der Betrag macht gerade die Summe aus, die an Schulgeld für den Besuch der Mittelschule zu zahlen ist. Man bedenke: zu Hause Schmalhans Küchenmeister, und das Kind muß vielleicht mit knurrenden Magen in der Mittelschule sitzen. Die Bescheidenheit, die den Patrioten sonst ziert, hat ihn in diesem Punkte verlassen. 4,50 Mark berechnet der Einsender für Zeitungen und die „unumgänglichen Vereinsbeiträge". Gemeint ist damit der Beitrag zum Krieger- oder sonst einem Klimbimverein, es sind natürlich „keine Vergnügungsvereinsbeiträge, denn diese wird sich ein denkender Familienvater nicht leisten." Da der hungrige und grollende Patriot nicht an Vergnügungssucht leidet, braucht er monatlich nur 6 Mark Taschengeld, seine Frau gar nur zwei Meter. Dem Manne ist der Betrag aber zu gering, denn er setzt in seiner Aufrechnung mit einem Stoßseufzer hinzu: „Sehr knapp bemessen." Uns will das glaubhaft erscheinen. Als guter Patriot, als reichstreuer, nicht vergnügungssüchtiger Mann muß er doch zu den Kriegervereinsfestlichkeiten gehen. Daß die Entbehrsamkeit ein Gebot der schlechten Lebenslage ist, erscheint begreiflich. Neidisch wird der Kameral die Vereinsbrüder betrachten, die in echt teutscher Art sich am Bierbüfett betätigen. Den schönen Traum, daß nun die Hausfrauen durch gemeinsames Vorgehen den Kampf gegen die unerträgliche Teuerung aufnehmen sollen, zerstört der zweite Einsender recht grausam mit der Bemerkung, daß es doch nichts nütze. So werden wir es dem erleben müssen, daß der hungrige Patriot seine Schlafmütze tiefer über die Ohren zieht, seinen Groll erstickend, mit der Faust in der Tasche auf der Ofenbank seine Lebenstage beenden wird. Aber Patriot, reichstreu nach außen hin wird er bleiben. Mansfelder „Tapferkeit"!

Merseburg. Aerzte beim Oberversicherungsamt. Als ärztliche Sachverständige beim Oberversicherungsamt für den Regierungsbezirk Merseburg sind gewählt worden die Aerzte: Medizinalrat Dr. Janssen, Medizinalrat Dr. Steinkopff, Dr. Brohmann und Dr. Weinreich.

Schkeuditz. Aus der Partei. In der letzten Mitgliederversammlung des Distrikts wurde zunächst bekanntgegeben, daß 28 männliche und drei weibliche Mitglieder gewonnen worden sind. Den Bericht vom Kreistage erstattete Genosse Sämisch. Die Versammlung war in allen Punkten mit den vom Referenten gemachten Ausführungen einverstanden. In den Kreisvorstand wurden gewählt: C. Müller 1., Max Schulze 2. Vorsitzender, M. Wille 1., G. Bär 2. Kassierer, P. Petzold 1., A. Sämisch 2. Schriftführer. Als Beisitzer Oelsner, F. Galle, Rodde. In den Bildungsausschuß wurden gewählt C. Müller junior, Schaaf, F. Galle, G. Schwarze und Frau Hübler. Gegen seinen Ausschluß hatte sich der Metallarbeiter Schatz gewendet und muß sich deshalb das Schiedsgericht mit der Angelegenheit befassen. Gewählt wurden die Genossen Rösler, Oelsner, Sämisch. Unter Verschiedenem wurde zu recht zahlreicher Beteiligung am diesjährigen Gewerkschaftsfest aufgefordert. Der Ueberschuß von der Maifeier im Betrage von 61,65 Mk. wurde dem Bildungsausschuß überwiesen.

Modelwitz. Ein Förster von Wilderern angeschossen. Am Freitag abend zwischen 7 und 8 Uhr ist auf Modelwitzer Flur der Fortaufseher Jahn von einem Wilddieb

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120820-14/fragment/page=0007

angeschossen und nicht unerheblich verletzt worden. Der Förster ging am Freitag abend kurz vor 8 Uhr noch auf einen Reviergang (Schleudiger Grenze). Vor einer großen Lache gewahrte er plötzlich zwei mit Gewehren bewaffnete Wilderer. Er konnte in der Dunkelheit die beiden Personen nicht erkennen. Der eine von ihnen legte sofort auf Jahn, der ungefähr 20 Meter von ihm entfernt stand, an. Der Förster setzte sich sofort zur Wehr, konnte dem Wilderer aber nicht zuvorkommen, der zuerst schoß und Jahn in den Unterleib traf. Jahn gab dann auch einen Schuß ab. Gleich darauf traf ihn aber eine Kugel des anderen Wilderers in die Brust. Dieser Schuß hätte Jahn sicher getötet, wenn er nicht durch einen Feldstecher, den der Förster trug, abgeschwächt worden wäre. Jahn gab dann noch auf den fliehenden Wilderer zwei Schüsse ab, und zwar mit Schrot und Kugel, ohne ihn jedoch ernstlich zu verletzen. Der schwer verletzte Förster schleppte sich nun nach dem nahen Rittergut. Am folgenden Morgen nahmen Beamte mit Polizeihunden die Spur der Wilderer auf. Die ärztliche Untersuchung ergab bei Jahn einen Schuß in den Unterleib, Verletzungen an der Brust, den Oberschenkeln und am rechten Arm. Es wurde 18. Schrotkörner gezählt. Der Förster ist verheiratet und Vater eines Kindes. Man vermutet, daß ein Racheakt vorliegt. Modelwitz ist ein von Wilderern gern aufgesuchtes Revier.

Eisleben. Das Urteil aufgehoben. Erst heute erhalten wir einen Bericht über ein Urteil, das die Gisleber Strafkammer in der vergangenen Woche gefällt hat. Angeklagt war der Genosse Wagner, Redakteur der Bergarbeiterzeitung. In einem Artikel: Mansfelder Beamtenwirtschaft soll W. angeblich den Steiger Krone in Helbra öffentlich beleidigt haben. Das Eisleber Schöffengericht hat am 5. August W. von der Beleidigung freigesprochen und die Kosten des Verfahrens dem Kläger auferlegt. Krone legte gegen das Urteil Berufung ein und hatte die Genugtuung, daß der Redakteur Wagner zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde.

Eilenburg. Sozialdemokratischer Verein. In der Wahlvereinsversammlung am 17. August im Tivoli erstattete der Genosse Thielemann den Bericht vom Kreistage. Wie auf dem Kreistage, so nahm auch bei der Berichterstattung die Zeitungsangelegenheit in Eilenburg einen großen Raum ein. Genosse Thielemann ist auch der Ansicht, daß in Eilenburg zunächst für das Volksblatt agitiert werden soll, doch scheinen ihm die Aeußerungen des Genossen Kasparek auf dem Kreistage nicht besonders wirtungsvoll zu sein, den Vertrieb des Volksblattes zu erweitern. Die Genossen Plath und Schimanski verteidigten den Genossen Kasparek. Genosse Raute ist auch der Meinung, daß in allererster Linie in Eilenburg das Halleische Volksblatt gelesen werden muß, doch sei Genosse Kasparek mit seinen Ausführungen entschieden zu weit gegangen und nur der Umstand, daß Genosse Kasparek der letzte Redner gewesen sei, habe eine Antwort der Eilenburger Genossen verhindert. Viele Versammlungsteilnehmer erklärten, daß sie nur deshalb die Volkszeitung lesen, weil sie einen Tag früher in die Hände der Leser gelange. Genosse Quitzsch gibt bekannt, daß der Verlag bereit ist, das Volksblatt abends mit dem Zuge, der 7.26 Uhr in Eilenburg ankommt, zuzustellen. Die Versammlungsteilnehmer waren einstimmig der Ansicht, daß damit den Eilenburger Abonnenten wenig gedient wäre. Es sei unmöglich, dann alle Zeitungen abends noch zu verbreiten, da die Entfernung vom Bahnhof bis Berg und Küllschauer zu groß sei und da ferner den Arbeitern nur die Abendstunden zum Lesen übrig bleiben, so würde der Zustand nicht geändert. Von seiten des Vorstandes solle nochmals an die Leitung des Volksblattes herangetreten werden, um eine frühere Zustellung zu bewerkstelligen. Gen. Quitzsch berichtete ferner über den Erfolg der Zeitungsagitation und forderte zur regen Weiterarbeit auf. Hauptsächlich müssen sich die Gewerkschaften daran gewöhnen, ihre Veranstaltungen auch in der Parteipresse zu veröffentlichen, damit die Mitglieder nicht indirekt gezwungen werden, ein bürgerliches Blatt zu lesen.

Anmerkung: Wenn die Eilenburger Genossen in so merkwürdiger, teilweise sogar den Tatsachen widersprechender Weise unterrichtet worden sind, dann ist es kein Wunder, daß die Sympathien für das Volksblatt so geringe sind. Gegen die mir gemachte Unterstellung, daß ich die Sperrung der Berichterstattung an das Leipziger Parteiblatt gefordert hätte, muß ich entschieden Verwahrung einlegen, da es mir gar nicht eingefallen ist, eine solche Forderung zu erheben. Ich habe nur die eigentümliche Art der Bevorzugung der in Frage kommenden preußischen Orte durch die Redaktion der Volkszeitung kurz gekennzeichnet und betont, daß das Volksblatt aus Rücksicht auf die übrigen sechs Kreise solches nicht mitmachen könne. Was die letzte Bemerkung des Genossen Raute anlangt, erwidere ich, daß die Eilenburger Delegierten in persönlichen Bemerkungen meine angeblich zu weit gegriffenen Behauptungen hätten widerlegen können. Da der Verlag den Wünschen der Eilenburger Genossen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen versuchen wird, ist für mich die Angelegenheit erledigt. G. Kasparek.

Wolfen. Achtung, Leser! Verschiedene Umstände bedingten einen Expedientenwechsel für das Volksblatt und die Volksbuchhandlung. Die Parteigenossen, die von irgendjemand hören, daß das Volksblatt oder auch Schriften nicht mehr an bisherige Bezieher geliefert werden, werden gebeten, dies sofort dem Genossen Steuer, Wolfen, Luisenstraße 3, zu melden, damit eine Zustellung wieder erfolgen kann.

Wittenberg. Gewerbegericht. Einem Bäckergesellen war bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses ein halber Wochenlohn in Höhe von 4,50 Mark für angeblich schlecht ausgeführte Arbeit abgezogen worden. Bei der Verhandlung ließ sich der Meister zur Zahlung von 3,50 Mark herbei, womit sich der Kläger einverstanden erklärte. Keinen Erfolg mit ihrer Klage hatte eine etwas zänkisch veranlagte Arbeiterin, die dieser Unsitte am Arbeitsplatz in betriebsstörender Weise huldigte. Da sie auf eine Verwarnung hin sich nicht ruhig verhielt, wurde sie ohne Kündigung entlassen. Ihre gegenteilige Behauptung konnte sie nicht beweisen, und so wurde sie abgewiesen und muß auch die Terminskosten mit 1,50 Mk. bezahlen.

— Die Parteiversammlung findet am Mittwoch, den 21. August, bei Freudenberg statt. Da eine überaus wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, wird das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen erwartet.

— Eine „Berichtigung". In unserer Notiz „Wenn Arbeiter in Destillen verkehren" sendet uns der Inhaber des betreffenden Lokals ein Schreiben, in dem er behauptet, die Notiz enthalte Lügen, deren Widerruf er verlangt. Der Wirt geht aber auf den stattgefundenen Exzeß, den er ja nicht leugnen kann, in keiner Weise ein, sondern erklärt lediglich die ersten Ursachen des Streites, die aber bei unserer Veröffentlichung ganz außer Betracht kommen. Der Zweck der Notiz war lediglich, die schwere Bestrafung Müllows der hiesigen Arbeiterschaft als warnendes Beispiel vorzuführen und sie aufzufordern, ihre Lokale zu besuchen und bei der Verbesserung der traurigen Lage der Arbeiterklasse mitzuwirken.

— Abgebrochener Streik. Der Streik der Schlosser bei der Firma A. Wetzig, Maschinenfabrik für Mühlenbau in Wittenberg, ist nach 14tägiger Dauer ergebnislos aufgehoben worden. Die Firma hatte nach Ausbruch des Streiks alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Streikbrecher heranzuziehen. In der Nacht vom Montag zum Dienstag voriger Woche kam ein Transport dieser nützlichen Elemente in Wittenberg an. Um zu vermeiden, daß die angeworbenen Arbeitswilligen nicht etwa mit den Streikenden zusammenkamen, wurden die Unternehmerlieblinge mit einem Automobil vom Bahnhof abgeholt und in der Fabrik einquartiert. Die Hintze- und Kazmarekgarde hätte den Erfolg des Streikes keineswegs in Frage gestellt. Im Gegenteil, die Streikenden waren garnicht böse darüber, daß die Firma Wetzig einmal kennen lernte, wes Geistes Kinder die gehätschelten Lieblinge sind. Unter gewöhnlichen Umständen hätten weder Herr Papa noch Herr Wetzig jr. diese Gesellschaft so liebenswürdig empfangen, wie es hier geschehen ist. Die Arbeit, welche die Arbeitswilligen geliefert haben, hat für die Firma gar keinen Wert. Die herangeholten Arbeiter hätten die Streikenden also nicht zu fürchten brauchen. Die Firma hat deshalb auch vom ersten Tage des Streiks an versucht, einen Teil der Streikenden zur Rückkehr zur Arbeit zu bewegen. Leider ist es der Firma gelungen, die Reihen der Streikenden zu schwächen. Nach kaum achttägigem Ausstande waren schon einige der Streikenden schwankend geworden. Als gar die auswärtigen Arbeitswilligen kamen, fielen die ersten der Streikenden um und in wenigen Tagen nahmen zwölf Mann von den ausständigen Arbeitern die Arbeit wieder auf. Deshalb war an einen Erfolg nicht mehr zu denken. Die Streikenden haben in Erkenntnis der unangenehmen Tatsache einstimmig für Aufhebung des Streiks gestimmt. Besonders hervorgehoben muß aber werden, daß gerade die Stürmer und Dränger, die Leute, denen es nicht schnell und scharf genug ging, die bei der Aufstellung der Forderungen den Mund nicht weit genug aufreißen konnten, die ersten waren, die ihre Kollegen im Stiche ließen. Der Schlosser Pohle hat sich bei der Bearbeitung der Kollegen, Streikbruch zu verüben, ganz hervorragend betätigt. Die Firma hat bei Beendigung des Streiks eine Anzahl Former mit der Begründung entlassen, daß infolge des Schlosserstreiks die Aufträge zurückgegangen sind und demzufolge Arbeitsmangel vorhanden sei. Die Maßnahme der Firma ist zweifellos ein recht kleinlicher Racheakt. Der Firma war bekannt geworden, daß die Former nicht gewillt waren, mit der Hintze- oder Kazmarek-Kolonne in einem Betriebe zu arbeiten. Um nun ihr Mütchen zu kühlen, entläßt die Firma unter der Vorgabe, es sei Arbeitsmangel, eine Anzahl Former, die zum Teil schon jahrelang bei ihr beschäftigt gewesen sind. Die Firma konnte ihren kleinlichen Racheakt um so leichter durchführen, weil sie der ihr treu ergebenen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinsmitglieder sicher war. Nach den Erfahrungen, die die Metallarbeiter in Wittenberg mit den Hirschen wiederholt gemacht haben, liegt sogar die Vermutung sehr nahe, daß die Entlassung auf ihr Betreiben erfolgt ist. Für die Wittenberger Metallarbeiter war der Kampf eine gute Lehre. Er hat gezeigt, wieviel Aufklärungsarbeit noch zu leisten ist und hat Klarheit geschaffen, wo die Verräter der Arbeiter zu finden sind. Die Loyalität der Firma A. Wetzig hat sich bei dem Kampfe gleichfalls recht deutlich gezeigt. Ob der Firma ihr „Sieg" besondere Freude bereitet, wagen die Streikenden sehr stark zu bezweifeln. Der Rest der streikenden Schlosser hat in dem Bewußtsein den Kampf abgebrochen, seine volle Schuldigkeit getan zu haben.

An die Metallarbeiter Wittenbergs richten wir die Mahnung, erlahmt nicht in der Agitation für eure Gewerkschaft.

Dommitzsch. Aus dem Stadtparlament. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschwert sich Genosse Bänisch darüber, daß der Antrag auf Einführung der freien Aerztewahl nicht auf der Tagesordnung stehe, trotzdem er doch schon in der vorigen Sitzung eingereicht sei. Bürgermeister Klatte erwidert, daß der Antrag bei der Aerztekammer eingereicht sei, von der die Antwort noch nicht angekommen wäre. Von der stattgefundenen Kassenrevision wird Kenntnis genommen. Es ist alles in Ordnung befunden worden. Der Monatsbericht des Stadtförsters lag ebenfalls zur Kenntnisnahme vor. Der Mühlenbesitzer Paul Schlobach hat die Stadt verklagt. Für erlittenen Schaden durch einen Gewitterregen will Sch. 141 Mk. haben. Die Haftpflichtversicherung Wilhelma, sowie die Stadt, haben die Zahlung des Betrages abgelehnt. Das Ortsärztefest soll am 15. September stattfinden. Genosse Bänisch beantragt, zu untersuchen, ob die Stadt verpflichtet ist, für religiöse Handlungen, wie sie beim Erntefeste stattfinden, 18 Mk. in die Kirchenkasse zu begehlen. Der Entwurf des Architekten Günther aus Leipzig für die neue Leichenhalle wurde nach längerer Debatte angenommen. Die Baukosten betragen 6800 Mark. Sie sollen dem Fonds des Kirchhofes entnommen werden. Die Haftpflichtversicherung der Gasanstalt wird erneuert. Der Zinsfuß für Hypotheken auf Grundstücke wird auf 4 Proz. festgesetzt.

Ortrand. Teutsches Gauturnfest. Kürzlich fand hier das Gauturnfest des Niederlausitzer Elstergaues statt. Wir würden den Rummel ohne weiteres als geschehen betrachten, wenn nicht von gewisser Stelle derartige Feste zu „patriotischen Festen" gestempelt werden. Es müssen da bei den üblichen Festreden „nationale" Jugendpflege, Militarismus und wie die schönen Ausdrücke alle heißen, herhalten. Einen schlechten Dienst erweist man aber der nationalen Sache, wenn man den Lebenslauf des Vorkämpfers der Turnerei, Jahn, zitiert, der bekanntlich seine Tätigkeit gegen die damalige Reaktion im Gefängnis büßen mußte. Heute wird er als leuchtendes Vorbild hingestellt, dem alle nacheifern sollen. Wenn das ernstlich getan würde, dann könnte es passieren, daß alle Gefängnisse überfüllt wären. Und da liegt ja der Kern der Sache. Wie hat sich die „teutsche" Turnerschaft gewandelt. Sie kämpft nicht mehr gegen die Reaktion, sondern Arm in Arm mit der Reaktion. Ja, ja, so ändern sich die Zeiten. Daß die Turnerei eine gute Sache ist, bestreiten wir nicht, aber das Turnen hat mit dem üblichen patriotischen Klimbim nicht das geringste zu tun. Zu bedauern ist hierbei, daß sich noch viele Arbeiter unter der teutschen Turnerschaft befinden, und sich somit in den Dienst der Reaktion stellen. Es muß deshalb allen Arbeitern zugerufen werden: meidet die teutschen Turnvereine, ihr werdet sonst zum Gegner eurer Klassengenossen, denn wer sich in den Dienst der Reaktion stellt, ist gegen uns.

Allerlei.

Mord im Vororteug.

Am Sonnabend sind in dem Berliner Vororteug zwischen Nauen und Finkenkrug drei Frauen von einem anscheinend Geistesgestörten schwer verletzt worden. Eines der Opfer des Attentäters soll bereits tot sein. Der Täter flüchtete und hat man bisher seine Spur noch nicht gefunden.

Hurra!

Es wird berichtet, daß vom 25. Regierungsjubiläum des Kaisers, das ist vom Juni kommenden Jahres ab, Gold- und Silbermünzen mit einem neuen Bilde des Kaisers ausgeprägt werden sollen. Dabei will man nicht nur das jetzige Alter des Kaisers berücksichtigen, das Hals- und Brustbild soll auch bekleidet sein, voraussichtlich die Uniform der Gardekürassiere zeigen. — Und da gibt's immer noch Unzufriedene!

Pilzvergiftung.

In Dobergast bei Weißenfels erkrankte die Familie des Molkereiverwalters Drewes nach dem Genuß von Pilzen an Vergiftungserscheinungen. Der Ehemann und drei Kinder sind bereits tot. Die Frau und ein Kind ringen mit dem Tode. Drewes hatte die Pilze selbst gesucht.

Steuerhinterziehung eines Domkapitels.

Aus Olmütz wird berichtet: Großes Aufsehen erregt eine Privatklage des ehemaligen Sekretärs des Olmützer Domkapitels Ludwig Ciano. Wie verlautet, hat die Staatsanwaltschaft die in dieser Privatklage angeführten Tatsachen zum Gegenstand einer Untersuchung gegen das Domkapitel gemacht, dem vorgeworfen wird, es habe Steuerhinterziehungen im großen Stile betrieben. Die weniger angemeldeten Beträge hätten mindestens 600 000 Kronen ausgemacht. Die Fondskasse, in der sich etwa 400 000 Kronen befinden, sei überhaupt nicht versteuert.

Attentat.

Der englische Vizekonsul George Anderson hatte sich mit seinem Bruder in der Nähe von Bastia auf die Jagd begeben. Beide befanden sich in lebhaftem Gespräche, als plötzlich ein Schuß krachte und Anderson am linken Beine traf. Beide Jäger glaubten, daß es sich um einen unerfahrenen Schützen handle und waren nicht wenig erstaunt, als kurz darauf ein zweiter Schuß fiel, der Anderson diesmal an der Stirn traf, sodaß er zu Boden stürzte. Als sein Bruder sich um ihn bemühte, krachten abermals zwei Schüsse, die aber beide ihr Ziel verfehlten. George Anderson wurde nach Bastia gebracht, wo er in einem Hospital Unterkunft fand. Die zweite Kugel war nahe der Schläfe in die Stirn gedrungen und konnte entfernt werden. Man ist der Meinung, daß es sich hier um einen Racheakt handelt. — Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur, doch ist man in Bastia allgemein der Meinung, daß er binnem kurzem verhaftet werden kann.

Kronendieb.

Im Schlosse von Eu bei Paris wurde ein entlassener Diener auf frischer Tat ertappt, als er im Begriffe stand, zwei goldene Kronen, darunter die Krone des früheren Kaisers von Brasilien, zu stehlen, die dem Grafen von Eu gehört. Der Dieb wurde von dem Prinzen von Orleans festgenommen, der ihn der Gendarmerie auslieferte. Er war im Besitz eines Revolvers und eines langen korsischen Messers. Der Dieb war bereits dreimal ins Schloß eingebrochen, um den Diebstahl auszuführen.

Ein seltsamer Vorgang.

Eclair meldet aus Rom: Großes Aufsehen erregte es gestern in Genua, als ein Kapitän der österreichischen Marine, der einen Spaziergang in Genua unternahm, plötzlich in Hochrufe auf die Türkei und Nieder mit Italien ausbrach. Die Passanten nahmen sofort eine feindliche Haltung an und verletzten den Kapitän mit Faustschlägen und Fußtritten. Die Angelegenheit hätte für den österreichischen Marineoffizier einen üblen Ausgang angenommen, wenn nicht eine Anzahl Soldaten eingeschritten und ihn aus seiner Lage befreit hätten. Der Kapitän wurde zur Polizeiwache gebracht, wo er in Haft genommen wurde, da er sich im Besitze eines großen Messers befand.

Schreckenstat einer Mutter.

Die Hausmeisterin Therese Hammberger in Preßburg hat ihre drei außerehelichen Kinder ermordet. Man fand die beiden zehn- und fünfjährigen Töchter der H. erschossen und den zehn Monate alten Sohn erdrosselt vor. Auf dem Tische lag ein längeres Schreiben, worin die Frau als Motiv der Tat großes Elend angibt. Eine halbe Stunde später wurde sie auf der Straße umherirrende Mörderin verhaftet, die bei ihrem Verhör angab, sie wolle auch Selbstmord begehen.

15 Personen getötet.

In dem Petersburger Stadtteile Likowskaja stürzte ein sechsstöckiger Neubau ein. 15 Personen wurden tot, 30 schwer verwundet aus den Trümmern gezogen. Auch ein Feuerwehrmann erlitt bei den Aufräumungsarbeiten schwere Brandwunden.

Ein scheußlicher amerikanischer Reklametrick.

Die Körper der am vergangenen Montag im Gefängnis von Sing Sing mittels elektrischen Stromes hingerichteten Verbrecher sind tagelang von einer Begräbnisgesellschaft zu Reklamezwecken öffentlich ausgestellt worden. Wer die Leichen sehen wollte, mußte ein Eintrittsgeld bezahlen. Diese sonderbare Ausstellung wurde täglich stark besucht, hauptsächlich von Italienern. Der Skandal wurde schließlich so groß, daß die Sanitätskolonne der Vereinigten Staaten den Befehl gab, die Leichname unverzüglich zu begraben.

Kleines Allerlei. 12000 Mk. erschwindelt. Bei einem Bankhaus in Breslau hob ein Angestellter einer dortigen Kleiegroßhandlung mit einer gefälschten Quittung seines Chefs 12 000 Mk. ab und verschwand damit spurlos. Der Betrüger hatte unmittelbar vorher im Namen seines Chefs das Bankhaus telephonisch um Zahlung ersucht. — Eisenbahnunfälle. Sonntag nachmittag entgleiste ein vollbeladener Güterzug auf der Strecke zwischen Porna und Riesa. Die Wagen stürzten durcheinander. Der Zugführer geriet dabei unter die Maschine. Er wurde in hoffnungslosem Zustande nach Riesa gebracht. Das Zugpersonal kam mit leichten Verletzungen davon. — Autounglück. Bei der vom Magdeburger Autoklub aus Anlaß des Kronprinzenrennens ausgeschriebenen Sternfahrt nach Magdeburg ereignete sich ein schwerer Unglücksfall auf der Chaussee zwischen Gardelegen und Salzwedel. Hier erlitt ein Automobil, in dem sich zwei Offiziere und 2 Chauffeure befanden, einen Achsenbruch; der Wagen überschlug sich, die Insassen wurden herausgeschleudert. Dabei erlitten die beiden Chauffeure tödliche Verletzungen, während die Offiziere mit leichten Hautabschürfungen davonkamen. — Entgleisung. Der Pennsylvania-Blitzzug entgleiste bei Middelpoint in Ohio. Drei Personen wurden verletzt. Die Stahlwagen widerstanden dem Stoß. — Von einer Lawine verschüttet. Mehrere Kulis, die in Goulmarg in Kaschmir eintrafen, berichten, daß die Bergbauanlage Hunter Workman durch eine Lawine verschüttet wurde, wobei ein Mitglied der Gesellschaft den Tod fand. Die Kulis konnten den Namen des Getöteten jedoch nicht nennen. Bisher ist es nicht möglich gewesen, ihren Bericht auf die Wahrheit hin zu prüfen. — Schließung des Ostender Spielklubs. Der Klub im Kursaal zu Ostende wurde vom Staatsanwalt und mehreren Gendarmen mit den Worten: Jedes Spiel ist beendet! geschlossen. Ein Teil des Publikums flüchtete durch das Fenster. — Unwetter in England. Die heftigen Regengüsse der vergangenen Woche haben in England großen Schaden angerichtet und im Tale des Avon in Südwales zahlreiche Erdrutsche zur Folge gehabt. Bei der Ortschaft Glyngering wurde ein Teil des Gebirges abgeschwemmt und eine Geröllmasse von 200 Tonnen verperrt die Bahngleise. Einem Personenzug gelang es bei Port Talbot nur mit großer Mühe einige Meter vor dem Hindernis zum Stehen zu kommen. — Attentat auf einen Erzbischof. Während des Gottesdienstes in der Stephanskirche in Wien wurden von dem Arbeiter Johann Pring ein Messerattentat auf den Erzbischof Dr. Nagl verübt. Der Erzbischof hat einen Stich in die Schulter erhalten. Ueber die näheren Umstände des Attentats und die Schwere der Verwundung ist noch nichts bekannt. Der Attentäter wurde sofort festgenommen.

Humor und Satire.

Zu weit. Ein biederer Landmann aus der Lüneburger Heide hatte in seinem Dorfe viel Erstaunliches, für seine Begriffe kaum Glaubliches über das neueste Wunder der modernen Bautunst, den Elbtunnel in Hamburg, gehört. Bei seiner nächsten Anwesenheit in Hamburg will er die Gelegenheit benutzen und dies Wunderwerk besichtigen. Vorsichtshalber befragt er aber erst ein paar Hamburger Jungens, ob das Werk denn wirklich so großartig ist und ob der Tunnel so lang ist, wie man ihn zu Hause geschildert hat. Die Hamburger, die sofort merkten, wes Geistes Kind der Frager ist, machen dem Bauern gehörig Angst und raten ihm dringend, erst einmal orderlich zu frühstücken, bevor er die Reise durch den Tunnel antritt. Da sonst leicht die Kräfte nicht ausreichen, das andere Ende des Tunnels zu erreichen. Gesagt, getan! Nach einem kräftigen Hamburger Imbiß mit „Köhm un Beer" macht unser Bauer sich auf den Weg. Als er mit dem Fahrstuhl unten angelangt ist, wird er durch den Lichterglanz ganz geblendet und er kann das andere Ende des Tunnels nicht erspähen, so sehr er sich auch anstrengt. Etwas verzagt, macht er sich dennoch auf den Weg. Nach kurzer Zeit begegnet ihm eine Bäuerin, deren liebliche Rundung verrät, daß sie Mutterfreuden entgegensieht. Der Bauer, der noch immer das andere Ende des Tunnels nicht sehen kann, fragt nun die Bäuerin:

„Seggen Se mal, Fro! Wie lange gohn Se denn all egentlich?"

Die Frau, die diese Frage auf ihren Zustand beziehen mochte, antwortete:

„Im fiften (5.) Monat!"

„Dunner nä," sagt der Bauer, „datt is mi to lang. Im fiften Monat! Dann gah ick doch lever wedder üm!"

Sprachs und wandte sich wieder dem Eingange zu.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke Kinder-Nahrung KuteKe Krankenkost Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120820-14/fragment/page=0008